

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans W. Wald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: W. G. H. S. a. n., Magdeburg. Berlin von Bernh. G. a. r. b. a. n., Magdeburg. Druck von Franz S. e. t. z. g. e., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 42, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 961. Prämumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Annu 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. inkl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühren die schwebelste Vertheilung 15 Pf. Vorkaufspreise 10 Pf.

Nr. 41.

Magdeburg, Dienstag, den 18. Februar 1902.

13. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich des Romans „Eva Siebeck“.

Die soziale Lage der Steinseher und Berufsgeoffenen.

Wenn der Spießbürger am Sonntag in den Straßen der Städte spazieren geht und sich — namentlich in den vornehmeren Stadtteilen — des schmucken Pflasters erfreut, dann pflegt er sich in Lobeserhebungen über den Magistrat zu ergehen, der alles so zweckmäßig eingerichtet hat und nie kommt dem Philister der Gedanke an das Schicksal derjenigen, welche buchstäblich „im Schweiß ihres Angesichts“ die Straße für das Publikum so bequem hergerichtet haben. Ueber das Schicksal dieser geplagten Arbeiterkategorie finden wir eingehende Angaben in der sehr fleißigen und übersichtlichen Arbeit, welche Genosse A. Knoll, der Redakteur der „Allgem. Steinseher-Ztg.“, in der letzten Nummer dieses Blattes auf vier Druckbogen veröffentlicht hat. Da am zeitigen Sonntag in Mainz die Generalversammlung des „Verbandes der Steinseher und Berufsgeoffenen“ eröffnet worden ist und die einschlägigen Fragen deshalb auch aktuelles Interesse haben, halten wir uns für verpflichtet, diese Arbeit einer Besprechung zu unterziehen.

Um nicht ganz falsche Auffassungen über die Höhe des Einkommens der Steinseher und Kammer ankommen zu lassen, ist es vor allem nötig, den kolossalen Umfang der Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe zu kennzeichnen. Selbst hohe Löhne können dem nichts nützen, der den größten Teil des Jahres überhaupt keinen Lohn bezieht. Nun beträgt nach der von Knoll mit Hilfe des Verbandes vorgenommenen, sehr vorsichtigen Statistik die Durchschnittsdauer der Jahresarbeitsperiode im Steinsehergewerbe ganze — 34 1/2 Wochen. Wenn der Steinseher vom Schicksal wenig begünstigt ist, hat er also noch kein halbes Jahr Arbeit; hat er aber nun nicht gerade ganz besonderes Glück, so wird er in einem halben Jahr und 8 Wochen für sich und seine Familie den Lebensunterhalt für das ganze Jahre schaffen müssen.

Obwohl infolge der unermüdbaren organisatorischen Arbeit des Verbandes seit 1899 der Durchschnittslohn der Steinseher von 50 1/2 auf 56 1/2 Pf. und der der Kammer von 38 1/4 auf 44 1/4 Pf. — also bei beiden Arbeiterkategorien um 6 Pf. — hinausgegangen ist, so entspricht er natürlich nicht im entferntesten der Notwendigkeit, während der kurzen Zeit der Saison für das ganze Jahr auszufüllen.

Die den schweren Anstrengungen des Berufes ebenso wenig wie dem Vorhandensein zahlreicher Arbeitsloser angepaßte Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 9,96 Stunden pro Tag. Es ergibt sich also durchschnittlich für den Steinseher ein Jahreseinkommen von 56 1/2 (Stundenlohn) \times 9,96 (Arbeitsstunden) \times 6 (Arbeitstage) \times 34 1/2 (Arbeitswochen) = 1144 Mark. Der Kammer bringt es dementsprechend durchschnittlich nur auf ein Jahreseinkommen von 917 Mark. Das ist der Durchschnitt; wie mag es da erst den Tausenden ergehen, denen es schlechter wie etwa der günstiger gestellten Hälfte geht? Man darf dabei nie außer acht lassen, daß es sich da um einen der angestrengtesten Berufe handelt, der vor allem eine ganz besondere Körperkraft erfordert. Ist es doch eine landläufige Redensart in unserer Bourgeoisie, wenn es gilt einen Bielfraß zu charakterisieren: „Der ist ja wie ein Steinkopfer!“

Sind also schon die Arbeitsverhältnisse der Steinseher im allgemeinen keine rosigten, so sind sie im Regierungsbezirk Magdeburg ganz besonders schlecht. Kammer giebt es in der Provinz Sachsen fast gar nicht, dagegen ist der Lohn der Steinseher überall unter dem Durchschnitt, während die Arbeitszeit ungefähr dem Durchschnitt entspricht. Letztere dürfte insofern etwas länger sein, als sie zehn Stunden beträgt — wie zumeist in Deutschland — aber fast nirgends, wie in anderen Gegenden unseres Vaterlandes am Sonnabend um 1/2 bis 2 Stunden früher beendet wird.

In Stendal und Gardelegen arbeiten 14 Steinseher, die sich — obgleich sämtlich organisiert — leider mit dem Entbehrungslohn von 35 Pfennig pro Stunde begnügen müssen, also mit 22 1/2 Pfennig unter dem Durchschnitt.

Große Unternehmer für die fraglichen Arbeiten befinden sich in Barby, wo auch viele von den Steinsehern wohnen, die aber meist in Schönebeck, Zerbst, Cöthen, Bernburg, Eisenleben oder Gommern arbeiten. Der Lohn beträgt im allgemeinen pro Stunde 45 Pfennig, also 12 1/2 Pfennig unter dem Durchschnitt. Leider befinden sich unter den 46 Barbyer Steinsehern 7, die eine Organisation für nicht notwendig erachten.

In Ufcherleben, wo von 27 Steinsehern leider nur 10 organisiert sind, beträgt der Stundenlohn 40 bis 47 Pf., also 10 1/2 bis 17 1/2 Pf. unter dem Durchschnitt.

Der Lohn der in Calbe a. S. arbeitenden 13 Steinseher, die sämtlich organisiert sind, beträgt 50 Pf. pro Stunde, also auch noch 7 1/2 Pf. unter dem Durchschnitt.

In Magdeburg, Gr.-Ottersleben und Umgegend arbeiten 150 Steinseher, von denen etwa 120 organisiert sind. Der Stundenlohn beträgt 40 bis 55 Pf.,

also selbst in dem allergünstigsten Falle, der in unserem Regierungsbezirk überhaupt vorkommt, immer noch um 2 1/2 Pf. weniger, als sonst im allgemeinen im deutschen Reiche verdient wird. Es wird also in unserer Gegend ganz besonderer Anstrengungen bedürfen, um die Steinseher-Organisation auf diejenige Höhe zu bringen, deren sie bedarf, um ihren Mitgliedern menschenwürdige Zustände zu erringen.

Besonders empörend ist es, daß in den meisten Orten unseres Regierungsbezirks nicht einmal Ueberstundenarbeit höher bezahlt wird; eine wenigstens in dieser einen Beziehung rühmliche Ausnahme macht Magdeburg wo wenigstens ein Teil der Unternehmer die Ueberstunden um 10 Pf. höher entlohnt wie die regulären Arbeitsstunden.

Schwer geschädigt werden die Steinseher auch dadurch, daß sie vielfach über Land ziehen müssen und auch nicht im entferntesten diejenigen Unkosten vergütet bekommen, welche ihnen dadurch erwachsen. So bekommen die betreffenden Arbeiter in Stendal und Ufcherleben vom spendablen Unternehmer gerade das Fahrgehalt vergütigt. In Magdeburg und Groß-Ufcherleben giebt es eine kleine Lohnzulage, über deren Höhe leider nichts genaues zu ermitteln war. In Barby beträgt die kolossale Zulage für diejenigen, welche über Land fahren, ganze 5—10 Pf. pro Stunde oder aber sie müssen darauf eingehen, die fast überall wegen ihrer Gefährlichkeit in diesem Gewerbe abgegeschaffte Accordarbeit zu leisten.

Besonders unverfroren ist es, daß entgegen den klaren Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in Barby und Calbe a. S. der Lohn zumeist in Gastwirtschaften ausgezahlt wird. Hoffentlich lassen es sich unsere Genossen in dieser Orten nicht entgehen, die dreiften Gesetzesverächter dem S. a. s. anwalt anzuzeigen.

Vom kommunalpolitischen Standpunkt aus ist zu wünschen, daß die Städte sich entschließen, die Straßenpflasterung in eigene Regie zu übernehmen, statt die überflüssige Zwischenperson des Unternehmers zu bereichern, wie das z. B. Magdeburg thut. Barby beschäftigt zwei Steinseher in eigener Regie, aber diese Stadt scheint die Regiearbeit als Armenunterstützung anzufassen, denn sie gewährt den beiden zwar Winterbeschäftigung, aber lohnt ihnen ihre Arbeit mit — 2 Mark pro Tag. Die Stadtverordneten von Barby schämten sich also nicht, einen derartigen Hungerlohn bei Bediensteten der Stadt zu dulden.

Sehr stark grassiert vielfach die Lehrlingsausbeutung. In Barby kommen auf 25 Gesellen 6 Lehrlinge, in Magdeburg hat ein Unternehmer nur 1 Lehrling und 4 Gesellen, ein anderer schon 4 Lehrlinge und 8 Gesellen, ein dritter 3 Lehrlinge und 10 Gesellen, dagegen ein vierter

Feuilleton.

Rechtlich verboten.

Das Vergessen?

Elfaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Sahu und L. Forest.

Aus dem Französischen überf. von Suzanne Brautigam-Romane.

(39. Fortsetzung.)

„Ach danke Ihnen, meine Herren,“ nahm der Greis wieder das Wort. „Wir werden sofort an die Beratung gehen. Doch erlauben Sie mir, vorerst die Abwesenheit des Herrn Besancon, unseres hochgeschätzten, treuen Vertreters im Reichstage zu beklagen. Herr Besancon ist krank, er ist den Drangsalen dieser letzten Jahre, den Anstrengungen während des Krieges, in jenen furchtbaren Monaten, in denen er unser Bürgermeister war, erlegen. Er hat unserer Einladung nicht Folge leisten können. Die Anwesenheit dieses rechtschaffenen und mutigen Mannes wäre uns um so nützlicher gewesen, als eine der ernstesten Fragen, die uns beschäftigen, diejenige unserer Vertretung im Reichstage ist.“

Seine Herren, der Zweck dieser Versammlung besteht darin, kleine Vereinigungen für die Propaganda oder die Beaufichtigung zu gründen. Ein solcher Ausschuß soll sich die Aufgabe stellen, die Liebe zum verlorenen Vaterlande zu pflegen und gegen den deutschen Eroberer zu kämpfen. Alsdann müssen wir die Haltung besprechen, die in der städtischen und in der allgemeinen Politik inne zu halten sein wird. Wir haben einen Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen namhaft zu machen. Wir sollen geeignete Maßregeln ergreifen, damit dieser Erwählte der Bevölkerung Lothringens bekannt wird, und dies zwar lange vor dem Wahltage, um jeglicher Ueberlistung, um allen geheimen Wählereien unserer Feinde zuvor zu kommen.“

Nachdem dieses Programm dargelegt worden war, wurde die Beratung bald allgemein. Trotz einiger Meinungsverschiedenheiten einigte man sich bald. Es wurden verschiedene Abteilungen gegründet, jede mit ihren genauesten Verhaltensmaßregeln versehen. Man ernannte einen Aus-

schuß, der die Verbindungen mit Frankreich in die Hand nehmen, und einen anderen, der den Widerstand der Stadtverordneten gegen die Regierung leiten sollte; einen dritten beauftragte man mit der Propaganda auf dem Lande, in den Dörfern; ein vierter hatte die nötigen Summen einzutreiben und die Buchführung zu übernehmen. Endlich bildete man noch einen Ausschuß, der inmitten beständig neu erstehender Schwierigkeiten, welche von der deutschen Regierung ausgingen, für die protestatorische Presse die Lösung auszugeben und sie zu lenken hatte.

Als diese erste Arbeit vollendet war, ergriff der Präsident von neuem das Wort zu einer Bemerkung, der alle zustimmten.

„Selbstverständlich,“ sagte er, „wird jeder Ausschuß nicht geheim vorgehen, aber immer so, daß er nicht von der Behörde gefaßt werden kann. Jeder einzelne unter uns übernimmt auf Ehre die Verpflichtung, unseren Bund niemals schriftlich zu erwähnen, unseren Freunden nur mündlich Mitteilung davon zu geben.“

„Wir werden keine Berichte nieder schreiben. Die Buchführung muß geheim und so gehandhabt werden, daß, wenn je eines unserer Bücher der deutschen Polizei in die Hände fiel, niemand irgend welche Spur einer Organisation finden kann.“

Alle einleitenden Bestimmungen waren bald geordnet. Die Versammlung hatte es eilig, zum eigentlichen Gegenstand der Besprechung überzugehen, zur Ernennung eines Abgeordneten für die Zukunftswahlen.

Es wurden Namen geflüstert, doch keiner besonders hervorgehoben, denn mehrere unter den anwesenden Mitgliedern eigneten sich gut zu Kandidaten. Man sagte sich, daß die Aufgabe des Neuwählten schwer und gefährlich sein würde. Die deutsche Regierung hing nachgerade an, der unermüdbaren Opposition Elfaß-Lothringens überdrüssig zu werden, und man ahnte, daß Gewaltmaßregeln ergriffen werden würden. Die zukünftigen Volksvertreter würden natürlich die ersten Opfer sein.

„Meine Herren,“ fuhr der Präsident fort, als die stellvertretenden Leiter, die Schriftführer und Kassierer der neu-

gegründeten patriotischen Vereinigungen ernannt waren, „es erübrigt nun noch, die Frage der nächsten Volksvertretung zu erörtern und vor allem den Kandidaten zu erwählen, auf dessen Namen sich alle Franzosen einigen werden. Diese Einigkeit ist von heute an besiegelt, und ich kann das feste Bündnis der drei Geistlichkeiten, von dem man in der Stadt spricht, bestätigen. Katholiken, Protestanten, Juden werden Hand in Hand zur Wahlurne schreiten und ein- und denselben Stimmzettel abgeben. Also sind wir sicher, eine erdrückende Mehrheit zu erreichen und damit eine gewaltige Kundgebung veranstalten zu können. Ganze Bezirke werden einstimmig wählen, richtiger gesagt, beinahe einstimmig, wir werden aber wieder einmal lachen können, wenn Dörfer von hundert Wählern achtundneunzig Stimmzettel für uns abgeben und die beiden abweichenden vom Pfarrer und Lehrer stammen, denen wir selber dies geraten haben, um von diesen Unglücklichen die Gegenmaßregeln der Regierung abzulenken.“

Ehe wir über die Kandidaten unserer Versammlung zur Abstimmung übergehen, muß ich fragen, ob niemand vorerst etwaige Bemerkungen zu machen hat.“

„Ja, ja!“ rief man von verschiedenen Seiten.

„Ich bitte um das Wort.“

„Herr Gabriel Horn von Bolaf hat das Wort.“

Dieser Redner, ein begüterter Rentner, gehörte der weitverzweigten elsässischen Familie der Horn von Bolaf zu, und wie alle Mitglieder dieses hochgestellten Geschlechtes war er in den Augen der Meher Patrioten der Laubheit verdächtig. Einige nannten ihn sogar einen Renegaten und wollten ihn aus dem Wahlausschusse ausschließen. Wäre nicht noch eine letzte gewisse, althergebrachte Achtung für einen irganzen Elfaß berühmten Namen vorhanden gewesen, so hätte man Horn von Bolaf gemieden und als „Preußen“ bezeichnet. In der That liebäugelte er mit den deutschen Macht-habern, die ihm seine Höflichkeit durch tausend Vergünstigungen vergalteten. Trotzdem kannte man ihn als Edelmann, man wußte, daß er niemals eines feigen Verrates fähig sein würde, und deshalb duldete man ihn in den Wahl-Versammlungen, trotzdem verschiedene Mitglieder dagegen sich verwarhten.

(Fortsetzung folgt.)

nicht weniger als 12 Lehrlinge neben 25 Gesellen. Mit Recht verlangt Genosse Knoll eine gesetzliche Bestimmung, nach welcher jeder Unternehmer verpflichtet ist, jeden Lehrling das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen.

Sehr wichtig sind die Forderungen, welche Knoll bezüglich gewisser Vorsichtsmaßregeln stellt. So sind vor allem Polizeiverordnungen sehr notwendig, welche den Unternehmer zur Errichtung geeigneter Baubuden und Bedürfnisanstalten zwingen.

In Magdeburg bestehen zwar diesbezügliche polizeiliche Vorschriften, es fällt aber keinem Unternehmer ein, dieselben zu respektieren!

In Warby mußte übrigens die jetzige Lohn-„Höhe“ erst durch einen Streik vom 15. März bis 2. April 1900 erkämpft werden und in Magdeburg mußte sogar vom 26. Januar bis 25. März vorigen Jahres von 17 Mann gestreikt werden, um eine unter dem Namen „Arbeitsordnung“ geplante Zuchtansordnung zu verhindern.

Freiwillig geben die Unternehmer eben nichts, und deshalb soll dieser Artikel unsere Leser anregen, wo ihnen Gelegenheit geboten ist, die Steinhecker anzureizen, ihren Ausbeutern durch Anschluß an den Verband und die sozialdemokratische Partei das abzutrocknen, was ihnen aus freien Stücken niemals zugestanden wird.

Siebzig Millionen Deficit.

So stellt sich das höchst unerfreuliche Ergebnis einer „Berechnung des mutmaßlichen Ergebnisses des Reichshaushaltes für das am 1. April ablaufende Rechnungsjahr 1901“, die der Budgetkommission des Reichstages vom Reichschatzamt zugeht.

Aus der Berechnung ergibt sich, daß der eigene Reichshaushalt mutmaßlich mit einem Fehlbetrage von 50 916 000 Mark abschließen wird. Dazu werden die Ueberweisungssteuern für die Einzelstaaten gegen den Voranschlag 17 907 000 Mark weniger ergeben, so daß das Gesamtdesizit die bisher im deutschen Reiche noch nicht dagewesene Höhe von beinahe 70 Millionen Mark erreicht.

Der Fehlbetrag im eigenen Haushalt setzt sich zusammen aus Mehrausgaben im Betrage von 7 752 000 Mark und Mindereinnahmen im Betrage von 43 164 000 Mark. Die Mehrausgaben schägte der Schatzsekretär am 8. Januar auf nur 4 Millionen Mark. Zu den Mehrausgaben hat das Auswärtige Amt 797 000 Mark, das Reichsamt des Innern, insbesondere bei den Reichszuschüssen für die Invaliditätsversicherung 1 571 000 Mark, die Verwaltung des Reichsheeres 3 271 000 Mark und die Marineverwaltung 1 726 000 Mark beigetragen.

Von den Mindereinnahmen mit 43 164 000 Mark entfallen 17 1/2 Millionen Mark auf den Minderüberschuß der Post- und Telegraphenverwaltung, 12 241 000 Mark auf den Minderüberschuß der Verwaltung der Reichsbahnen. Die Mindereinnahme von der Reichsbank wird auf 2 082 000 Mark berechnet. Die Militärverwaltung hat eine Mindereinnahme gegen den Etat von 4 1/2 Millionen Mark. Eine Mindereinnahme bei der Zuckersteuer von 4 430 000 Mark rührt her insbesondere aus höheren Ausgaben für die Ausfuhrprämien.

Die Hauptschuld an dieser unglücklichen Unterbilanz trägt das Centrum, das mit seinem Bewilligungsscheit für uferlose Flottenpläne immer höhere Belastungen des Reichsetats herbeiführt. Durch kleine Mittelchen, durch alle möglichen Steuern will es dieser großen Ebbe im Reichshaushalt Herr werden. Die Regierung hat schon angedeutet, daß Bier und Tabak bluten muß. Durch die Buchzollpolitik, also durch Belastung der schwächsten Schultern sollen gleichfalls neue Mittel in die Reichskasse gebracht werden.

Die Sozialdemokratie wird demgegenüber ihre alte Forderung auf Einführung von Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichs-erbschaftsteuern erheben. Mögen diejenigen, die durch ihre „wahrpolitischen“ Schwärmereien das Reich in die Latzische gebracht haben, auch dafür sorgen, daß es wieder flott wird.

Unsere Wahlansichten verbessern sich jedenfalls immer mehr. Uferlose Weltpolitik — Zuckerpolitik — Reichsdefizit: mehr kann man nicht verlangen!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 17. Februar 1902.

Das Zollkompromiß.

Die Mehrheitsparteien haben sich auf eine vorläufig „mittlere Linie“ geeinigt. Danach sollen die Mindestsätze für Weizen auf 6 Mark, für Roggen, Hafer und Gerste auf 5,50 Mark erhöht werden. Das wäre für Weizen und Roggen nur 5 Pf. weniger als die Maximumsätze im Tarifentwurf selbst getragen, und ebenso für Hafer, während für Gerste der Satz von 5,50 Mark noch um 1 Pf. Mark über den Maximumsatz des Tarifentwurfs hinausgeht.

Viel Bedenken ist diesem vorläufigen Kompromiß nicht anzumessen. Der Reichstaxler kann sich „Annoncenmacher“ gegenüber jeder Erhöhung der Mindestsätze nicht erdrosseln lassen, wenn er sich nicht unmerklich blamieren will. Es handelt sich ausschließlich nur um einen modifizierten Kompromiß. Wenn die Regierung erklärt haben wird, daß nur diese Kompromißentscheidung für die „Annoncenmacher“ sind, werden man eben nach agrarischer Seite zurück gehen. Für die Gegner der Kompromisse ist die Situation durch das Kompromiß nicht verändert. Wir begrüßen die Re-

gierungsvorlage, nicht die agrarischen Spiegel-fechtereien.

Aus dem Reichstage.

Bg. Berlin, 15. Februar. Der Reichstag erledigte in seiner heutigen, nur dreistündigen Sitzung nicht weniger als vier Etats. Der Postetat wurde zu Ende geführt und der Etat der Reichsdruckerei, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsmilitärgerichts in zweiter Lesung angenommen.

Eine längere Debatte rief nur der Rest des Postetats hervor. Unser Genosse Zubeil führte, wie schon im Vorjahre, Klage über die lange Arbeitszeit der Postkellner und die mangelnde Bekleidung gegen Wind und Wetter. Staatssekretär Kraacke sagte bereitwilligst Abhilfe dieser Mißstände zu.

Die übrigen Etats wurden debattelos angenommen. Eine heitere Scene ereignete sich am Schluß der Sitzung. Die Linke wollte vor leeren Bänken nicht die zweite Lesung des Militärretats beginnen und hatte einen Vertagungsantrag gestellt. Trotzdem die gesamte Rechte, das Centrum und die Nationalliberalen dagegen stimmten, wurde derselbe bei der verhältnismäßig guten Besetzung der Linken angenommen.

Erst am Montag beginnt also die zweite Lesung des Militärretats.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 15. Februar. Das Abgeordnetehaus brachte am Sonnabend zunächst die zweite Beratung des Bauetats zu Ende. Von Interesse war dabei nur eine kleine Anknüpfdebatte, die sich auf die Ausschmückung des Sitzungssaales der Abgeordneten bezog. Der Centrumsabgeordnete Schmitz-Düsseldorf warnte vor einer allzu großen Bevorzugung der Berliner Künstler und bat, die Skizzen von den 12 Wandgemälden und den beiden plastischen Figuren die für den Sitzungssaal zu schaffen sind, vorher der Baukommission des Hauses zu Kritik vorzulegen.

Dann trat man in die zweite Beratung des Justizetats ein. In der Generaldebatte, wie sie sich an den Titel des Ministergehaltes zu knüpfen pflegt, Leslagte sich Abg. Dr. Müllenberg, Sanitätsrat in Bonn, über die dem Oberstaatsanwalt Dr. Schimmel im Elberfelder Militärbestreunungsprozess seitens des Gerichtes und des Staatsanwaltes zu teil gewordene Behandlung. Justizminister Schönstedt erwiderte, daß den Richtern, die sich auf die sachverständigen Urteile verlassen müßten, keine Schuld beizumessen sei.

Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

„Nicht rechtswidrig.“

Genosse Genael, Gastwirt in Rienburg, hatte gegen den Besitzer der dortigen großen Glashütte, Geh. Kommerzienrat H. Heye, eine Zivilklage erhoben. Die Arbeiter der beiden Herrn Heye gehörigen Glashütten sind in einem langwierigen, erbitterten Streik unterlegen. Nach Wiedereröffnung seiner vollen Betriebe im Herbst 1901 ließ Herr Heye in seiner Fabrik in Rienburg eine Bekanntmachung aufschlagen, daß er allen Arbeitern, welche die Händelsche Gastwirtschaft besuchen würden, kündigen werde. Die neuen Arbeiter mußten ferner einen Revers unterzeichnen des Inhalts, daß sie sich verpflichteten, das Händelsche Lokal binnen zwei Jahren nicht zu betreten. Der Kläger Heye will hierdurch starken Schaden erlitten haben; während des Streiks wurde sein Lokal von den Unzufrieden vortugsweise heuchelt. Er stützte sich auf § 23 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und hatte beantragt, den Fabrikbesitzer Heye zu verurteilen, die Bekanntmachung zu entfernen, die hervorgehobene Bestimmung des Reverses zu beseitigen und dem Kläger den entstandenen und noch entstehenden Schaden salva liquidatione zu ersetzen. Das Verdener Landgericht hat jetzt die Klage abgewiesen und dem Kläger die Prozeßkosten auferlegt. Die Entscheidungsgründe lauten folgendes aus: Der § 23 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, auf den die Klage sich stützt, setzt die widerrechtliche Verletzung einer fremden Rechtssphäre voraus. Nicht widerrechtlich ist eine Handlung, die kraft einer rechtlichen Befugnis vorgenommen wird. Jedem Arbeitgeber steht aber das Recht zu, seinen Arbeiter zu kündigen. Er ist auch befugt, die Arbeiter durch Bekanntmachungen in seiner Fabrik oder durch Ausstellung eines Reverses auf Vorkommnisse hinzuweisen, die eine sofortige Kündigung nach sich ziehen. Er ist um so mehr dazu befugt, wenn er in Selbstverteidigung oder in Ausübung erlaubter Selbsthilfe handelt, und er handelt selbst dann nicht widerrechtlich, wenn durch dies kein erlaubtes Handeln ein Eingriff in eine fremde Rechtssphäre erfolgt. Hiernach war die Klage als unbegründet abzuweisen, ohne daß es eines Eingehens auf die Schadensfrage bedurfte. Der Kläger wird in dieser grundsätzlich wichtigen Frage wohl alle Rechtsmittel erschöpfen.

Man verzeihe hiermit das Urteil, welches organisierte Arbeiter wegen Erreichung verurteilte, weil sie anderen Arbeitern „drohten“, mit ihnen nicht mehr zusammen arbeiten zu wollen, um ihrer Gewerkschaft damit einen „rechtswidrigen“ Vermögensverlust zu verschaffen. Wenn „keine Sonderklage widerrechtlich“ ist, die „kraft einer rechtlichen Befugnis“ vorgenommen wird, so kann von einer widerrechtlichen Handlung doch auch nicht die Rede sein, die organisierte Arbeiter auf Grund ihres gesetzlich anerkannten Koalitionsrechts begehen. Oder aber ist Arbeitern verboten, was ihnen verboten ist?

Berlin, 17. Februar. Der Abg. Frhr. v. Seyl (natl.) ist aus der Zolltarifkommission des Reichstags ausgeschieden; dafür ist der Abgeordnete Sieg eingetreten. Den Zollantrag des Centrums und der Konservativen hat von den Nationalliberalen nur der Abg. Sieg unterzeichnet.

Sonnabend vormittag fand, der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge, unter dem Vorsitz des Grafen v. Bülow im Reichsschatzler-Palais eine vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums statt, zu der auch die Staatssekretäre des Reichsschatzamt und des Auswärtigen Amtes zugezogen waren. Es „soll“ sich angeblich nicht um die Zollfrage, sondern um Zuckerkonferenz, Burenhilfsbund und andere weniger hochpolitische Fragen gehandelt haben.

Dem Abgeordnetenhaus ging ein Gesetzentwurf zu betr. Erwerb von Bergwerkeigentum im Oberbergamts-Bezirk Dortmund für den Staat. Danach wird der Regierung ein Betrag bis zu 58 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Belgien gab amtlich nach Wien die Nachricht, daß die Zuckerkonferenz bis zum 22. Februar vertagt sei.

Bestrafter Byzantinismus. Das Mitmachen der Mode des Antelegraphierens hat in Bromberg für mehrere Unteroffiziere eine unerwartete Wirkung gehabt. Das in Bromberg stehende 129. Infanterie-Regiment hat bei den umfangreichen Regimentsaufnahmen am Geburtstag des Kaisers den Namen erhalten: 3. Westpr. Inf.-Reg. Nr. 129. Aus Freude hierüber jandten mehrere Chargierte dieses Regiments — ein Feldwebel und Unteroffiziere — an den obersten Kriegsherrn am 27. Januar ein Dank und Glückwunschtelegramm. Nun sind aber, nach der „Pos. Ztg.“, auf Veranlassung des Kriegsministers sämtliche Gratulanten im Wege des Disziplinarverfahrens — in mehrtägiger Kerkersstrafe genommen worden. Die Unteroffiziere werden ein verdunktes Gesicht über diesen unerwarteten Erfolg ihrer Kundgebung gemacht haben.

Meiningen, 14. Februar. Einen Fortschritt in Sachen der Landestrainer hat der Herzog von Sachsen-Meiningen angeordnet. Die Trauer wird in Zukunft nur noch beim Ableben des regierenden Herzogs, der Herzogin, der eventl. Herzogin-Witwe und des deutschen Kaisers angeordnet werden, und zwar auf die Dauer von nur acht Tagen. Beim Ableben der übrigen Fürstlichkeiten, auch der deutschen Kaiserin, wird keine Landestrainer, sondern nur eine Hoftrauer stattfinden.

Großbritannien.

Der englisch-japanische Zweikamp.

In der „Daily News“ findet der mit Japan abgeschlossene Vertrag eine abschreckende Kritik. Der Vertrag binde England die Hände, und wenn es auch nicht sofort zu einem Kriege komme, so könne doch der Moment eintreten, wo England mit Russland auf freundschaftlichem Fuße zu bleiben wünsche. Der Artikel 3 sei der schlimmste. Angenommen, so sagt das genannte Blatt, daß zwischen Japan und Russland ein Krieg ausbricht, und daß Frankreich sich Russland anschließt, so muß England, obgleich es keinerlei Differenzen mit den beiden verbündeten Ländern hat, doch zu den Waffen greifen und auf allen Punkten der Erde Japan zu Hilfe eilen. Das einzige Land, das von dem Vertrag Nutzen ziehe, sei China.

Südafrika.

Wie Scheepers die Engländer behandelte.

Der „Manchester Guardian“ erzählt folgende Geschichte von dem kürzlich erschossenen strommendanten Scheepers. deren Mordtatigkeit ihm von jemand, der einen bekannten Namen und eine Stellung in der englischen Armee hat, bezeugt wird: Ein Lieutenant, ein Sergeant und 21 Mann waren bei einem Zusammentreffen mit Scheepers abgeschossen worden. Der Lieutenant und der Sergeant wurden getötet, und die Leute führten bis zur Nacht fort, sich zu schlagen; bei Tagesanbruch begann der Kampf sofort von neuem, bis die Munition ausgegangen war. Als die Engländer die Buren gegen sich rücken sahen, zweifelten sie nicht, daß sie erschossen werden würden. Wie groß war jedoch ihr Erstaunen, als Scheepers, ein großer junger Mann, zu ihnen kam und ihnen ein Kompliment über ihre Tapferkeit machte, indem er ihnen gestand, daß die Buren von ihrem Feuer stark gelitten hatten. „Werden Sie uns erschießen?“ fragten die Engländer. „Nein, wir thun niemals tapferen Männern etwas Böses. Sie müssen Hunger haben.“ fügte Scheepers hinzu, führte sie zu einer benachbarten Farm und ließ ihnen alles verabreichen, was sie wünschten. Dann nahm der junge Kommandant den Buren die Waffen und die Patronentaschen ab, gab einem von ihnen ein Pferd und schickte ihn zur englischen Kolonne zurück, während er mit den anderen Leuten, die er entließ, Händedrücke austauschte.

„So betrug sich“, bemerkt der „Manchester Guardian“ dazu, „ein Mann, den man erschossen hat, nachdem man ihn der Grausamkeit beschuldigt und wegen dieses Verbrechens verurteilt hatte.“

Kleine politische Nachrichten. Das Befinden des Abgeordneten Dr. Lieber ist nach einer dem „Westf. Merkur“ aus Wiesbaden zugegangenen Nachricht wenig befriedigend. Der dänische Handelsminister Hörup ist gestorben. Die belgische sozialdemokratische Partei beruft einen nationalen Parteitag auf den 1. April ein behufs Besichtigung dringlicher Fragen, namentlich hinsichtlich der Verfassungsrevision.

Die Ausstandsbebewegung in Triest.

Wie wir am Sonnabend schon vermuteten, ist die furchtbare Meuterei in Triest in der That durch den Uebereifer der bewaffneten „Ordnungs“hüter hervorgerufen worden. In einem Bericht der „Pos. Ztg.“ heißt es u. a.: „Zu jenen Zeit, als sich die blutigen Ausschreitungen erneuerten“

Die Notwendigkeit der obligatorischen Fortbildungsschule.

Ueber diese Frage sprach am Sonntag vormittag der Direktor der Magdeburger Fortbildungsschule, Herr Scharf, vor den Gewerkschafts-Vorständen und den Delegierten des Gewerkschafts-Kartells in Magdeburg.

Der Redner erklärte einleitend, daß er der Aufforderung zu einem Vortrage sehr gerne nachgekommen sei, da er wisse, daß in den Kreisen, denen die Zuhörer angehören, viel Interesse und Verständnis für die Fortbildungsschulfrage vorhanden sei.

Die Notwendigkeit der obligatorischen Fortbildungsschule ergebe sich aus drei Umständen: aus der im letzten Jahrhundert völlig veränderten Güterproduktion, aus der Notwendigkeit der Erziehung im nachschulpflichtigen Alter und aus allgemeinen kulturellen Erwägungen im Interesse der Volksbildung.

Das Zeitalter des Dampfes, der Elektrizität, der technischen Umwälzung, hat manche Veränderungen im Gefolge gehabt. In die Stelle der Werkstätte der Kleinhandwerker sind die großen Fabriken getreten. Man kann darum die Klagen der kleinen Gewerbetreibenden wohl verstehen; aber so wie in einzelnen Industrien der Großbetrieb schon gefiegt hat, so wird er auch auf anderen siegen, so daß das Gewerbe hier und da nur noch Reparaturhandwerk ist. Um so notwendiger ist eine gute Vorbildung der Gehilfen und späteren Meister für ihren Beruf. Die praktische ist auf dem Werkplatz, die theoretische in der Fortbildungsschule zu erwerben.

Ein Knabe oder ein Mädchen ist mit 14 Jahren sittlich noch nicht gefestigt. Trotzdem wird es aus der Schule entlassen, ohne daß um seine weitere Erziehung Sorge getragen wird. Dabei treten gerade nach der Entlassung aus der Schule die mannigfachen Gefahren an den Jüngling oder das Mädchen heran. Der Redner stimmt keineswegs mit in die Redensart von der allgemeinen Verrohung der Jugend an, aber die Notwendigkeit einer erzieherischen Einwirkung im nachschulpflichtigen Alter durch die Fortbildungsschule hält er für unabweislich.

Im Interesse der allgemeinen Volksbildung und der Gleichmäßigkeit der Kultur darf man es nicht fakultativen Schulen überlassen, daß sie diese und jene Kinder unterweisen. Nur durch den Zwang zum Besuche der Fortbildungsschule ist etwas zu erzielen.

Die Frage, ob Mädchen und Knaben die Fortbildungsschulen besuchen sollen, beantwortet der Vortragende grundsätzlich mit Ja. Nur giebt er zu erwägen, ob es nicht aus tatsächlichen Gründen geratener ist, vorläufig noch auf die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen zu verzichten und sich nur auf die für Knaben zu beschränken.

Wie müssen die Fortbildungsschulen zweckdienlich eingerichtet sein?

Die preussische Fortbildungsschule, deren Basis die Gewerbeordnung bildet, ist völlig anders organisiert wie die anderer Bundesstaaten, z. B. Sachsens. Die sächsische Fortbildungsschule ist durch ein Schulgesetz geregelt und untersteht dem Kultusministerium, sie bildet einen integrierenden Teil der allgemeinen Schulbildung, so daß der Knabe nicht 5 Jahre sondern 11 Jahre schulpflichtig ist. Dadurch ergibt sich die Folgerung, daß die sächsische Fortbildungsschule mehr allgemeiner Natur ist und sich nicht so sehr den einzelnen Gewerben anpassen kann.

Das hat, nach der Meinung des Redners, viel für sich, aber auch viel Nachteiliges. Redner huldigt der entgegengesetzten preussischen Auffassung, die die Fortbildungsschule möglichst eng dem gewerblichen Leben anschließen wolle, so daß sie durch und durch Berufsschule werde. Es müssen deshalb für die einzelnen Industriegruppen, aber auch für die einzelnen Berufe gefonderte Fachklassen eingerichtet werden. Für alle Schüler gemeinsam ist ein Unterrichtsfach, das der Vortragende schlechthin Gewerbekunde nennt, und in dem allgemeine technologische, geographische, geographische und sonstige Unterrichtsgegenstände behandelt werden.

Der Redner geht sodann die einzelnen Lehrgegenstände durch und weist nach, wie notwendig für den Gehilfen oder Meister technologische Kenntnisse sind, ferner die Grundbegriffe der Chemie, Physik, Mechanik, der sozialen Gesetzgebung, schriftliche Verhandlung in geschäftlicher Korrespondenz, die Fähigkeit des Rechnens, des Kalkulierens, der gewerblichen Buchführung, die Fähigkeit, zeichnen zu können, sowie eine Zeichnung lesen und danach arbeiten zu können.

Nachdrücklich betont der Redner, daß er Wert darauf lege, daß den Lehrlingen ihre Pflichten klar gemacht würden, aber auch ihre Rechte. Man habe es ihm wohl vorgeworfen, daß er auch „Rechte“ der Lehrlinge anerkenne, aber das könne ihn nicht hindern, nach wie vor den Lehrling auf die Rechte, die er in seinem Arbeitsverhältnis besitzt, hinzuweisen.

Zum Schluß weist der Redner noch auf die Notwendigkeit eigener Räume für Fortbildungsschulen hin. Habe man — wie z. B. in Magdeburg — durch Ortsstatut die obligatorische Fortbildungsschule eingerichtet, so muß man auch für Räume sorgen, die für die zum Teil schon sehr großen Fortbildungsschüler passen. Die Schulgebäude der Volksschüler seien nur ein unzureichender Notbehelf.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage wurden aus dem Kreise der Zuhörer eine Anzahl Anfragen an den Redner gestellt, die er sämtlich in zurbekommender und erschöpfender Weise beantwortete. (Wir gedenken später in einem Artikel auf einige der von Herrn Direktor Scharf angeregten Fragen zurückzukommen. Red. d. B.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. Februar 1902.

Eine neue „Organisation“.

Am einem der letzten Sonntage hatte sich in einer Restauration in der Neustadt eine fröhliche Gesellschaft aus Arbeiterkreisen zusammengefunden. Ihre heitere Stimmung wurde plötzlich durch das Eintreten eines reinlich gekleideten, aber blaß und schwächlich aussehenden Arbeiters auf kurze Zeit getrübt. Der Betreffende behauptete arbeitslos zu sein, und bat mit wehmütigem Blick um eine Unterstützung, die ihm natürlich zu teil wurde. Aber wie es bei derartigen Vorkommnissen unter organisierten Arbeitern erfreulicherweise Sitte geworden ist, wurde die Frage aufgeworfen: „Sind Sie auch organisiert?“ Der Betreffende bejahte die Frage, und als er sich dieserhalb legitimieren sollte, kam außer der Invalidentarte folgende Enthaltenskarte = Verpflichtungskarte zu Tage:

Die Trunkenbolde werden das Reich Gottes nicht erben.

Enthaltenskarte = Verpflichtung für kürzere Zeit.

Ich verpflichte mich mit Gottes Hilfe, von heute an für drei Monate mich aller betauschenden Getränke zu enthalten, Abendmahlsgenuß und ärztliche Vorschrift ausgenommen.

Ich verpflichte mich ferner, für den Fall, daß ich dieses Versprechen brechen sollte, diese Karte zurückzusenden an Prediger Littann.

Vom 6. Februar 1902 bis 6. Mai 1902.

Unterschrift: (Name.)

Seid nüchtern und wachtet! Wachtet und betet!

Der Herr lässt es den Aufrichtigen gelingen.

Das also ist die Legitimationskarte für die Enthaltenskarte = Verpflichtung, welcher dieser „Organisierte“ angehört.

Der die Willkür in Anspruch nehmende schien mit seinem Erfolg sehr zufrieden zu sein, denn er steckte seine 1,20 Mark ein, und verließ mit den Worten, „die Karte können Sie behalten“, schnell das Lokal.

So sehr auch wir die Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenußes für notwendig halten, so glauben wir doch, daß es der schlechteste Weg zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke ist, wenn man solche Bestrebungen mit milderischen Versuchen verknüpft. Wenige Trunkenbolde werden sich dadurch sonderlich von ihrem Laster heilen lassen, daß man ihnen eine komische Enthaltenskarte aushändigt und ihnen in Aussicht stellt, daß sie „das Reich Gottes“ nicht erben werden. Austömmliche Ernährung und wissenschaftliche Aufklärung, aber nicht Dibelprücke sind in der Lage, den Schnapsteufel zu bannen.

— Eine Bürgerversammlung hat der Altstädter Bürgerverein — wie uns der Vorstand des Vereins mitteilt — auf Freitag dieser Woche nach dem Saal des „Blauen Hechts“, Berlinerstraße 30, einberufen; um über die geplante Veränderung des Wahlrechts der hiesigen Bürger bei Stadtverordnetenwahlen nach dem sog. qualifizierten Durchschnitts-Prinzip zu verhandeln. Den die Debatte einleitenden Vortrag wird Herr Stadtverordneter Jacob Scherbening halten. Weiter soll in dieser Bürgerversammlung über die beabsichtigte Einverleibung der drei Gäßchen Fermerleben, Salbe und Westerhufen in Magdeburg, nach einem Referat des Herrn Dürre, und über den Brückenzoll auf der Nordbrücke, nach einem Bericht des Herrn Stadtverordneten Görnemann, ein Meinungsaustausch erfolgen. Jeder Bürger hat Zutritt und — wie der Vorstand besonders zustimmt — „nach altem Brauche“ das Recht der Beteiligung an den Debatten.

— Die Wanderversammlung des Verbandes deutscher Bildhauer für den 3. Bezirk, welcher die Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig umfaßt, findet in diesem Jahre statt. Die Agitationskommission der Bildhauer hat den Vorschlag gemacht, diese Wanderversammlung Pfingsten zu veranstalten.

— Die Kohlen-Einkaufs-Vereinigung hält am 18. Februar im Richardtschen großen Saale, Kagenprung, ihre General-Versammlung ab, in der besonders der Geschäftsbericht des verflossenen Jahres von großem Interesse sein wird.

— Ein hübsches Winterbild bot sich den Spaziergängern, welche am Sonntag nachmittag äußerst zahlreich an der Elbe entlang der Salzquelle zupilgerten. Tausende von Krähen trieben dort auf den die Elbe hinabtreibenden Eischollen sitzend ein neckisches Spiel, an dem sich auch zahlreiche Fischmöven beteiligten. Stillstehend ließen sich die Krähen auf den Schollen hochend langsam den Fluß hinabtreiben, um plötzlich a tempo aufzuspringen und nach einem kurzen Flug dasselbe Spiel von neuem zu beginnen.

Inmitten des starken Eisganges arbeitete sich noch ein Raddampfer mit angehängtem Schleppzug stromauf, um die gefährdeten Rähne nach Wallwikhafen oder einem anderen geeigneten Ort in Sicherheit zu bringen. Hoffentlich ist dies Vorhaben gelungen, bevor die Raddampfer auf den Eischollen in Stücke gegangen sind.

— Einkauf der Konsumvereine. Die letzte Nummer der Konsumgenossenschaft berichtet: Auf der Börsen-Konferenz der Magdeburger Einkaufsvereine einigung vom 26. Januar cr. waren die Konsumvereine Barleben, Burg, Calbe, Biere, Coßstedt, Groß-Dietzleben, Neuhaldensleben, Magdeburg (Neustadt), Stendal (Allgemeiner und Neuer), Schönebeck, Schraplan und Tangermünde mit zusammen ca. 40 Personen vertreten. Gekauft wurden 350 Sack Zucker, 12 Barrels Petroleum, 40 Tierces Schmalz, 5 Tonnen Heringe, ca. 10 Barrels Senf und 1 Stückfaß rein. Spiritus, 50 Kisten Pflaumen, 6 Ctr. Citronat, 60 Kisten kondensierte Milch, 3 Ctr. Baumkuchen, 4 Ballen Reis usw. Gesprochen wurde eingehend über den vorteilhaftesten Bezug der Waren und die neuesten Bestimmungen des Ministers in Bezug auf die Warenhaussteuer.

— Ein realer Stellenvermittler ist der Stellenvermittler Max Stein, hier, Schuhgasse. Dieser Herr ließ sich neulich von einem Arbeiter, der eine Stellung als Hausdiener suchte, die Kleinigkeit von 7,50 Mark als Vermittlungsgebühren zahlen. Er behauptet nämlich, dem Manne eine Stelle nachgewiesen zu haben. Als der Betreffende sich bei seinem neuen Prinzipal meldete, wurde ihm mitgeteilt, daß der alte Hausdiener bleiben würde und der neue daher nicht engagiert werden könne. Natürlich ging der junge Mann zu Herrn Stein zurück, um sich sein Geld zurückzahlen zu lassen, doch vergeblich. Dieser Herr wollte nichts wieder herauszahlen, sondern behielt schmunzelnd das viele Geld, für das er dem Arbeiter nicht geleistet hat, ja, lehnte es sogar ab, dem fraglichen Arbeiter für die große Summe nunmehr wenigstens eine andere Stelle nachzuweisen.

Ist schon die Gebühr von 7,50 Mark enorm, selbst wenn eine Stelle dafür geschafft wird, so ist ein solcher Fall natürlich ganz besonders belastend für das interessante Gewerbe der Stellenvermittler.

Der Vorgang ist nicht nur eine berechtigte Warnung an die Behörden, das Stellenvermittlungswesen mehr zu beaufsichtigen, sondern vor allem auch an die Arbeiter, sich ihren Gewerkschaften anzuschließen.

Das Bureau des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, Stephansbrücke, erteilt befallmäßig den Mitgliedern und solchen, die es werden wollen, kostenlos ein Stellennachweis.

— Neues Fernsprechverzeichnis. Soeben ist das neue Verzeichnis der Teilnehmer an der Stadtfernsprechanlage von Magdeburg im Verlage von C. R. Kieß erschienen. Es enthält 2852 Teilnehmernummern. Ferner sind dem Verzeichnis die sämtlichen von Magdeburg zu erreichenden Fernorte beigegeben, es sind deren 1055.

— Gesunkener Kahn. Am Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr wollte der Dampfer VI der Deutsch-Österreichischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft einen mit Zucker beladenen Kahn derselben Gesellschaft um die große Werberippe herum in den Winterhagen bugstieren. Infolge des starken Eisganges wurde das Steuer in seinen Funktionen gehindert, wodurch der Kahn auf den an jener Stelle befindlichen Prellbock geriet. Der Kahn erhielt hierdurch am Vorderende ein Leck und begann rasch zu sinken. Zur Zeit ragt nur noch die Kasse aus dem Wasser. Die Bemannung ist gerettet. — Der untergegangene Kahn war mit 12 000 Ctr. Zucker beladen, welche jetzt mit Bootshaken an das Tageslicht befördert und in einen anderen Kahn umgeladen werden.

— Ein Dampfer mit schwarzer Flagge, welcher in der Jollebe hier vor Anker liegt, erregte gestern die Aufmerksamkeit vieler Passanten. Wie sich herausstellt, ist es der Dampfer, welcher vor einigen Tagen in Dresden zwei Heizer durch Ertrinken verlor und dieserhalb die Trauerflagge gehißt hat.

— Gesperrt. Wegen städtischer Kanalbauten werden der Klosterkirchhof zwischen der Gouvernementsstraße und Regierungsstraße und die Regierungsstraße für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

— Unfall auf dem Eise. Auf der tauben Elbe hat sich gestern nachmittag ein Realschüler beim Schlittschuhlaufen das Bein gebrochen. Zwei Aufseher und ein Schuttmann brachten den Verunglückten in die Wohnung seiner Eltern.

— In der Kirche vom Schläge getroffen. Die Sanitätswache Buckau wurde am Sonntag vormittag kurz nach 10 Uhr während des Gottesdienstes nach der evangelischen Kirche gerufen, wobei der Steuerkontrollleur Mewes vom Schlaganfall betroffen wurde. Der Bedauernswerte wurde nach seiner Wohnung (Grisonstr. 7b) gebracht.

— Blinder Lärm. Sonntag vormittag nach 11 Uhr wurde ein Kommando der Feuerwehr nach Breitemweg 79 entsandt, von wo ein Schornsteinbrand gemeldet war. Die Meldung erwies sich jedoch als blinder Lärm.

— Schornsteinbrand. Am Sonnabend nachmittag gegen 6 Uhr wurde vom Hause Knochenhauerstraße 20 ein Schornsteinbrand gemeldet. Der 1. Zug der Hauptwache rückte nach dort und löschte den Brand durch Abkleben des Schornsteins mit Kette und Kugel.

— Ein gefährlicher Wasserhahndeckel befindet sich in der Nähe der Latrine auf dem Jakobikirchplatz. Am Sonntag abend sind mehrere Personen, die vom Tränksberg her den Platz überschreiten wollten, mit einem Fuß in das unbedeckte Loch, von welchem sich der lose Deckel hinweggeschoben hatte, geraten und hierbei zu Falle gekommen. Nur einem besonderen Glücksumstand ist es zuzuschreiben, wenn

es bis jetzt ohne Beland abging. Eine Aenderung ist unbedinglt notwendig.

Folgende Erklärung geht uns zu: „In der in der letzten Nummer der „Volksstimme“ gebrachten Berichtigung der Arbeiter der Firma Ehrenfried Finte erklären wir, daß die Arbeiter zu dieser „Berichtigung“ von Herrn Finte veranlaßt worden sind, alles andere wird sich in der heute abend stattfindenden Versammlung, zu welcher Herr Finte brieflich eingeladen ist, finden. In der Versammlung wird die Agitationskommission den Beweis ihrer Behauptungen, daß Herr Finte den von ihm bewilligten Lohnlarif nicht bezahlt hat, erbringen. Die Agitationskommission.“

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters wird uns geschrieben: Der Stoff zu dem historischen Drama „Jungfrau von Hammerstein“ von Wolfgang Freiherr von Blotho, welches heute (Montag) seine erste Aufführung erlebt, ist Giesebrechts „Kaisergeschichte“ entnommen. Da jedoch diese Quelle sich für den Zweck eines Dramas als ziemlich dürftig erwies, war der Autor gezwungen, den Stoff aus dem Geiste der Geschichte heraus selbst auszugestalten. Der Inhalt des Dramas sei in folgendem Skizziert: Otto von Hammerstein hat sich mit einer nahen Verwandten seines Hauses, der „wunderschönen Jungfrau“ verheiratet und hat sich damit gegen ein Verbot der heiligen Synode vergangen, welches die Ehe zwischen zu nahen Verwandten mit dem Tode belegt. Otto widersteht sich der Forderung der Kirche, sich von seinem Weibe zu trennen und wird von Kaiser Heinrich 2., der sich zum Volkstheuerer der kirchlichen Forderung macht, auf seiner Burg belagert. Seine Lage wird noch tröstlicher durch die erbitterte Feindschaft des Erzbischofs Arno, den er wegen Beschimpfung seiner Frau einst ins Gesicht geschlagen. Wie das edle Paar trotz Hunger und Elend ihren Zusammenhalt beharrt, bis kurz vor der Trozweisung ihre treue Liebe, trotz Verfolgung und Feindschaft, aufs herzlichste gekrönt wird, das bildet dann den Gang des im großen historischen Stil gehaltenen Dramas.

Provinz und Umgegend.

am Altenplathow, 16. Februar. (Wie agrarische Petitionen zustande kommen. — Konsumverein.) Kürzlich sind die Arbeiter des hiesigen Gutes mit einer Petitionsliste für Erhöhung der Kornzölle und Aufhebung der Einfuhr landwirtschaftlicher Artikel überreicht worden. Unterzeichnet haben sich auf Eruchen des Auftraggebers ca. 34 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die somit gegen ihr eigenes Interesse verstoßen haben. Man muß natürlich bedenken, daß, wenn ein Arbeitgeber an seine Arbeiter mit solcher Sache herantreten wird, die Betreffenden infolge des Gefühls ihrer Abhängigkeit einen Druck verspüren, der sie, um etwaigen Weiterungen zu entgehen, gezwungen macht. Daß von einem Bedürfnis nach dieser Petition bei den Arbeitern keine Rede sein kann, haben die Auftraggeber wahrscheinlich selbst gewußt; sonst müßte man doch annehmen, daß die Petition auch bei den übrigen Arbeitern von Altenplathow zirkuliert hätte. Wurde doch bei der Vorlegung der Petition von einigen Beauftragten hervorgehoben, daß keine große Aussicht auf Wirksamkeit dieser Eingabe vorhanden sei, aber die Rücksicht auf den Arbeitgeber gebiete die Unterzeichnung. — Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet bei Herrn Reinecke in Gehlsb. eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Altenplathow statt, zu welcher die Mitglieder mit ihren Frauen eingeladen werden.

M. Burg, 15. Februar. (Wichtig für Reservisten. — Versammlungsauflösung. — Lokalfrage.) Diejenigen Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die einen etwaigen Wohnungswechsel dem Bezirkskommando noch nicht gemeldet haben, thun gut, dies recht bald zu bewerkstelligen, da im März die Kriegsbeordnungen ausgetragen werden, wobei dann derartige Verstöße gegen den heiligen Geist des Militarismus zur Kenntnis und eventuell zur Bestrafung kommen. — Aufgelöst wurde eine im Chemnitzschen Lokale einberufene Bäckerversammlung, weil man die Anmeldeung unterlassen hatte. — In der Lokalfrage ist am Orte noch keine Aenderung eingetreten. Der „Grand Salon“ steht den Arbeitern zu Versammlungen noch immer nicht zur Verfügung. Die Arbeiter Burgs betrachten es deshalb nach wie vor als ihre Aufgabe, in erster Linie den „Hohenzollernpark“, der auch zu ernsten Zwecken für sie zu haben ist, bei jeder Gelegenheit im wohlverstandenen eigenen Interesse zu berücksichtigen. Und das um so selbstverständlicher, als Bedienung, Preise für Speisen und Getränke und Tanzabonnement gegenüber anderen Lokalen nichts zu wünschen übrig lassen.

Erfurt, 15. Februar. (Achtung, Steinarbeiter!) Die hiesige Firma Walthers sucht in verschiedenen Lokalfabriken Steinmehlen nach Erfurt. Der Platz ist seitens der Gewerkschaft gesperrt, weil Walthers die dort beschäftigten Steinmehlen zwingen wollte, 20 Prozent unter dem bestehenden Tarife zu arbeiten.

m. Erfurt, 16. Februar. (Joseph Bräu) ein eifriges Mitglied der Schneiderorganisation, starb am Freitag nach längerem Leiden an der Proletarierkrankheit. Er war einer von den vielen, der durch sein stilles Wirken der Partei genügt hat. Er ruhe in Frieden!

(Der Konsum-Verein,) der in der kurzen Zeit seines Bestehens eine beträchtliche Anzahl Mitglieder aufzuweisen hat und in zwei geschmackvoll eingerichteten Läden den Mitgliedern seine Waren abgibt, liegt den hiesigen Kaufleuten und Krämermännern schwer im Magen. Durch Beschuldigungen sucht man das Unternehmen zu schädigen. In Übersee haben sich sogar einige schurkige Käuze gefunden, die das Verbot des Konsum-Vereins beim Gericht beantragen wollen, weil durch diesen der Krämerstand ruiniert werde. Und diese Leute sind Preußen! — wenn's noch Sachjen wären, ließe man sich den Spaß gefallen.

Reuhaldenleben, 16. Februar. (Arbeiterlos.) Wie wir der „Ameise“, dem Organ der Porzellan-Arbeiter, auszugem, läßt die Firma Uffrecht u. Co. in Reuhaldenleben den Betrieb ihrer Siderolithfabrik eingehen. Soweit die Arbeiter nicht in der Steingutfabrik untergebracht werden können, ist diesen per 15. Februar gekündigt worden. Unter den gekündigten befinden sich zwei Arbeiter, die nur

40 bzw. 39 Jahre bei der Firma in Arbeit standen. War für diese alten Kollegen, die so viele Jahre lang der Firma ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben, wirklich gar kein Plätzchen in der Steingutfabrik übrig oder paßte vielleicht die Einstellung des Betriebes dieser Abteilung gerade gut, um sich bei der Gelegenheit der alten Arbeiter entledigen zu können? —

ll. Osterwick, 14. Februar. (Die Stadtverordneten-Versammlung) bewilligte in ihrer Sitzung vom 13. d. M. zur Unterhaltung der Diakonissenstation 900 Mark pro Jahr. Bezüglich der Kammereisaffairerechnung pro 1900 wird beschlossen, die Defekte von 2648 Mk. 69 Pfg., welche von der Unterschlagung des früheren Stadtschreibers Schoof herrühren, aus der Rechnung zu streichen und in das angelegte Restverzeichnis einzutragen. Es wird die Öffentlichkeit für eine kurze Zeit ausgeschlossen, um die Restanten, welche aus früheren Jahren Reste für Ackerpacht haben, zu verlesen. In den meisten Fällen ist nach Ansicht der Versammlung nichts einzutreiben. Bei einigen Restanten soll versucht werden, energisch vorzutreten. In einem Falle empfiehlt Stadtv. Lange (Soz.), den Schuldner zum Manifestationszweck zu treiben, da dieser Herr immer noch den großen Mann spielt. Dieser Rest ist über 200 Mark. Es wird von verschiedenen Stadtverordneten die Vermutung ausgesprochen, daß dieser Herr schon manifestiert hat. Bemerkenswert für den wirtschaftlichen Niedergang in der Stadt ist, daß an Vergnügungssteuer 328 Mark weniger vereinnahmt ist wie im Jahre 1899. Für die Obstbaumanlagen sind ca. 1000 Mark mehr als nach dem Voranschlage des Stats ausgegeben. Stadtv. Koch empfiehlt die Anlegung einer Baumschule. Stadtv. Lange (Soz.) empfiehlt, dem Vorarbeiter Geiler eine andere Stelle zu geben und dafür einen Gärtner anzustellen; hierfür könnten noch die für Erhaltung des Denkmalsplatzes bewilligten 200 Mark genommen werden, so daß dann nur 200—300 Mark jährlich zuzulegen sei, um einen Fachmann anzustellen. Terrain sei genug vorhanden, um die Obstbaumschule zu erweitern. Sämtliche folgenden Redner stehen der Sache sympathisch gegenüber. Bei den Ausgaben für öffentliche Brunnen (10,50 Mk.) kritisiert Stadtv. Lange (Soz.), daß die Privatbrunnen wegen Typhusbakterien geschlossen seien, ohne daß der Magistrat öffentliche Brunnen angelegt, und vertritt die Meinung, daß der Magistrat verpflichtet sei, dies zu thun. Bürgermeister Schoof vertritt die Ansicht, daß der Magistrat solche Verpflichtung nicht habe. Im übrigen werde in der nächsten Zeit im Bierholz ein Brunnen von der Wasserleitung versuchsweise angelegt werden. — Der Kammereisaffaire-Stat wird in Einnahme mit 205 579 Mk. 80 Pfg. und Ausgabe 187 633 Mk. 79 Pfg. einstimmig genehmigt und dem Kammerer Entlastung erteilt.

fr. Schönebeck, 17. Februar. (Die Sitzung des Gewerkschaftskartells) am 2. Februar war von 16 Delegierten und 7 Gästen besucht. Entschuldigt fehlten 1 von den Bäckern, 1 von den Fabrikarbeitern. Unentschuldigt fehlten 1 von den Metallarbeitern, 3 von den Fabrikarbeitern-Schönebeck, 1 von den Zimmerern 2 von den Malern, 1 von den Holzarbeitern und 1 von den Fabrikarbeitern-Salze.

Als Revisoren wurden die Kollegen Damm, Schönbau und Sellau gewählt. Es wurde sodann beschlossen, die Kosten des Prozesses Reinhold vorschußweise vom Kartell zu decken. Darauf befandete Kollege Buß das Ergebnis der 2. Arbeitslosenzählung, und es war hieraus zu ersehen, daß 121 Arbeitslose gezählt waren. Das Ergebnis der Statistik ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Zähl.i.	Dr.	Nicht	Organisiert in	Unorganisiert in
Ganz.	ganzt.	org.	Berufen	Berufen
112	9	58	9	21
19	1	4	7	1
14	1	4	1	2
2	2	6	1	1
1	1	60	61	176
60				
Arbeitslos waren: bis 1 Woche 11 Personen				
von 2-4 Wochen 34 "				
" 5-8 " 46 "				
" 9-13 " 5 "				
" über 13 " 25 "				

das ergibt eine Gesamtsumme von 906 Wochen.

Auf Grund dieser Statistik waren viele Delegierte der treffenden Ansicht, daß die 1000 Mark, welche für Notstandsarbeiten vom hiesigen Magistrat bewilligt sind, nicht ausreichen. Ein Antrag von Buß, den Vorstehenden zu beauftragen, Herrn Stadtv. Dr. Schneider zu einem Antrag auf Bereitstellung weiterer Mittel anzuregen, fand einstimmige Annahme. Kollege Nabel gab weiter bekannt, daß Konrad Weiswanger angeboten habe, auch in Schönebeck einige wissenschaftliche Vorträge zu halten. Da nun aber die Gesellschaft Strezelewicz am 15. März erscheint, so wurde beschlossen, den ersteren erst Mitte April kommen zu lassen. Für die Einladungen von Strezelewicz wurde der Preis im Vorverkauf auf 25 Pfg. und an der Kasse auf 30 Pfg. festgesetzt. Es soll dieses von den Delegierten in ihren Gewerkschaften bekannt gegeben werden.

ow. Staffurt, 15. Februar. (Die Herren Maurermeister) scheinen die Friedensbedingungen, unter denen im vorigen Jahr der Lohnkrieg beendet ist, nicht für bindend zu erachten. Obgleich damals ausdrücklich festgesetzt ist, daß der vereinbarte Lohnsatz bis zum 20. Juni 1902 Geltung haben und über keine eventuelle Verlängerung drei Monate vor diesem Termin eine Verhandlung stattfinden solle, hat sich jetzt schon ein Meister gefunden, der unter die vereinbarten Lohnsätze heruntergegangen ist, so daß die Maurer genötigt waren, die Weiterarbeit zu verweigern. Es liegt von vornherein die Vermutung nahe und gewisse

Anzeichen bestätigen die Richtigkeit dieser Vermutung, daß hier ein planmäßiger Angriff der vereinigten Meister vorliegt. Selbst Italiener sind schon wieder bestellt. Ueberreichend ist ja ein derartiges Vorgehen nicht. Der kapitalistische Patriotismus ist immer und überall der gleiche und die bürgerliche Moral ist eben praktisch.

ow. Staffurt, 14. Februar. (Straßenname.) Der Magistrat macht bekannt, daß von den beiden Straßen, die jetzt am Athenalebener Weg angelegt werden, diejenige, welche in die Friedrichstraße mündet, den Namen „Benedictstraße“ und diejenige, die in die Augustastrasse mündet, den Namen „Koonstraße“ erhalten hat. — Wir wundern uns eigentlich über den Namen Koonstraße. Wir meinen, der Name „Tirpitzstraße“ hätte näher gelegen, fütternal unsere Zukunft auf dem Wasser liegt und in Staffurt doch eine sehr starke Strömung für Flottenvergrößerung und Weltpolitik besteht. Auch der Name Bellingstraße wäre ebenso berechtigt gewesen, wie der Name Weissenburgerstraße seiner Zeit berechtigt gewesen ist. Die nächste Straße wird hoffentlich „Stengelstraße“ benannt werden, damit doch das Staffurter Dreigestirn, das jetzt erst in zwei Straßennamen verewigt ist, vollständig in seinen Namen der dankbaren Nachwelt erhalten bleibt. Auch der Name „Plackstraße“ wäre empfehlenswert.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die durchschnittliche Höhe der Schneedecke auf dem Brocken beträgt zur Zeit 45 Centimeter, jedoch haben einzelne Dünen oder Berwöhlungen Höhen von über 2 Meter. — Die Schiffsbahn in Harzburg ist augenblicklich so schön, wie seit Jahren nicht. — Sonnabend mittag tummelten sich in Staffurt mehrere Knaben auf der Wode hinter der Mühle. Zwei derselben brachen ein und versanken bis an den Hals im Wasser. Ein hinzukommender Herr rettete dieselbe vor dem Ertrinken. Wo bleibt die Polizei? — Ein junger Mensch in Staffurt handelte am Sonnabend mit einem Terzerol. Blödsinnig erlaubte sich dasselbe und die eigene Mutter des ungeschickten Schützen wurde durch den Schuß am Hinterkopf verwundet. — Ein harten Schadel wies am Sonnabend ein Schulkind in Leopoldshausen auf, indem er mit dem Kopfe durch eine dicke Glascheibe rannte, die vollständig zerplitterte, ohne daß der Knabe selbst im geringsten verletzt wurde. — Wiederum polizeilich aufgelöst wurde Sonnabend abend eine vom Gewerkschaftskartell in Halle einberufene öffentliche Versammlung, weil Frauen anwesend waren. Natürlich wieder rechtswidrig!

Litterarisches.

Eine neue Aufklärungsschrift über das Christentum gab soeben die Buchhandlung Vorwärts in Berlin aus. Sie behandelt die Frage: „Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken?“ (Preis 20 Pfg.) an der Hand der bürgerlichen und katholischen Schriftsteller in fünf Kapiteln: 1. Will das Christentum die Armut beseitigen? 2. Hat wirklich das Christentum zuerst die Armenpflege geliebt? 3. Das Christentum und die Armut. 4. Der Bauort der christlichen Armenpflege. 5. Die wahre Gestalt des heutigen „sozialen“ Christentums. Solche Schriften können natürlich keine philosophische Widerlegung der christlichen Lehren bringen, sie müssen sich damit begnügen, an der Hand des historischen Materials den Widerspruch zwischen christlicher Lehre und kirchlicher Praxis darzulegen und damit zum Vergleich, zum Nachdenken, zum Zweifel anzuregen. Und sie müssen in einem Buch gehalten sein, der bei aller Vollständigkeit nicht verlegend auf die wirkt, für welche sie bestimmt sind. Diesen Voraussetzungen dürfte die neue Agitationschrift entsprechen.

Bereine und Versammlungen.

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Heute, am Dienstag: Übungsstunde, nicht am Donnerstag.

- Dienstag, 18. Februar:**
- „Turnverein Einigkeit“, Budau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde im „Thalia“, Dorotheenstr. 14.
 - „Alte Neustädter Arbeiterklub“, „Eiche“. Jeden Dienstag und Sonntag abend Übungsstunde bei W. Darius, Molkenstraße 26.
 - „Arbeiter-Turnverein Neustadt“. Übungsstunde der Damen-Abteilung jeden Dienstag und Freitag im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz 2.
 - „Arbeiter-Turnverein „Angola.““ Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der „Krone“, Molkenstraße.
 - „Gesangverein Freiheit“. Jeden Dienstag abends 8 Uhr Übungsstunde im „Luisenpark“, Spielgartenstr. 1. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.
 - „Turnverein Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Dienstag abends 8½ Uhr Turnen der Damenabteilung in der städtischen Turnhalle am Königsweg.
 - „Musikverein Freundschaft, Magdeburg = Neustadt“. Übungsstunde jeden Dienstag im Restaurant „Gemütlichkeit“, Schmidtstraße.
 - „Groß-Otterleben“. Athletenklub Große-Otterleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.
 - „Groß-Otterleben“. Arbeiter-Turnverein „Jahn“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.
 - „Benedekened“. Freie Turner Benedekened. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im Lokale des Herrn Lerch.
 - „Fermersleben“. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde bei Herrn Ergleben („Buckauer Bierhalle“).
 - „Diesdorf“. Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weißen Hof“ (Znh. Gildebrandt.)
 - „Obenstedt“. Turnverein Freiheit Obenstedt. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei U. Schinke.
 - „Barleben“. Gesangverein Freundschaft. Jeden Dienstag Übungsstunde bei E. Schrader (Gasthof zur goldenen Angel).
 - „Hohendobeleben“. Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Sonnabend abends 8 Uhr Übungsstunde bei Sigmund.
 - „Niederndobeleben“. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Sonnabend Übungsstunde bei Gustav Hornemann.
 - „Gommern“. Turnverein „Jahn“. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Wollmann.

Marktberichte.

Magdeburg, 12. Februar. Weizen, Schirriff 165—169 Mk., Sommerweizen 164—168 Mk., Rauhweizen fehlt. Roggen 144 bis 148 Mk., je nach Lage der Station bezahlt. Gerste, Landwabe 150 bis 155 Mk., mittlere Chevaliers und seine Sandgerste 160—168 Mk., gute Chevaliers 168—173 Mk. Feinste Qualitäten bleiben über höchste Preis gesucht, fehlen aber fast ganz. Hafer 158—162 Mk. ab Station gehandelt. Erbsen, Victoria 198—218 Mk. je nach Qualität. Mais nur in runder Ware zu 127—129 Mk. am Markt, für Frühjahr 124 Mk. gefordert, Mispel fehlt.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 19,00—24,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—34,00. Binsen 18,00—34,00. Erbsentrocken 5,50—6,00. Richtigtrich 6,50—7,20. Krummtrich 5,50 bis 6,00. Feu 8,00—9,00. Anmotheum —. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,96—1,04, von der Reule 1,40—1,60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,30—1,50, Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,30—1,50. Speck (geräucher) 1,60. Eihutter 2,00—2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,40—4,20.

Wurde der Spruch des Schiedsgerichts bekannt, der in allen wesentlichen Punkten zu Gunsten der ausständigen Lloydheizer lautet. Darauf hat ein Teil der organisierten Arbeiterschaft, darunter die Zeitungsgesellen, sofort die Arbeit wieder aufgenommen. Das ist der beste Beweis dafür, daß an den traurigen Ausschreitungen die sozialistische Arbeiterschaft keine Schuld trägt und daß anarchistische Elemente die Hand im Spiele haben. (Oder polizeiliche Uebereifer. Red.)

Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt 16. Mehrere Verwundete ringen mit dem Tode.

Die Regierung hat das Standrecht über Trieste verhängt. Der Bürgermeister gab als Obmann des Schiedsgerichts bekannt, daß das Schiedsgericht sich für die Forderungen der ausständigen Heizer ausgesprochen habe. Der Stadtrat beschloß, beim Ministerium Einspruch zu erheben, die Freilassung der Verhafteten zu verlangen, die Getöteten auf Kosten der Stadt begraben zu lassen und für die Hinterbliebenen derselben die Summe von 10 000 Kronen zu spenden. —

Deutscher Reichstag.

(144. Sitzung.)

Berlin, den 15. Februar 1902.

Am Bundesratsstisch: Krawitz.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Etat der Post- und Telegraphenverwaltung

fortgesetzt bei den fortwährenden Ausgaben, Titel: Vorsteher von Postämtern 3. Klasse.

Abg. Kopsch (Freis. Sp.):

Der Herr Staatssekretär meinte bei der Besprechung in die gehobenen Stellen, es komme weniger auf das Wissen, als auf die Umsicht an. Da aber diese Umsicht sehr verschieden beurteilt wird, muß eine Einheitlichkeit in der Dienstbesetzung eintreten; am besten ist es, daß man sich nach dem Dienstalter richtet. Auch bitte ich den Herrn Staatssekretär dafür zu sorgen, daß nicht mehrere Kantinen für die Unterbeamten in einer Hand vereinigt werden, wie das jetzt geschieht.

Abg. Zubeil (Soz.):

führt Beschwerde darüber, daß Briefträger bei Festlichkeiten von Oberbeamten zum Servieren benützt werden. Die Charlottenburger Unterbeamten sollten bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses den Berliner Beamten gleichgestellt werden, da die Mietpreise die gleichen sind. Trotz meiner früheren Beschwerden haben die Postämter auch heute noch keine wasserdichten Mäntel. Es ist aber im Interesse ihrer Gesundheit durchaus nötig, daß sie solche erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch ist es nötig, daß die Postämter wenigstens alle drei Wochen einen freien Sonntag haben. Der Lohn der Postämter, der jetzt noch immer anfangs 2,25 Mark, nach einem halben Jahre 2,50 Mark und nach sechs Jahren 2,75 Mark beträgt, müßte so erhöht werden, daß er anfangs 2,75 Mark und nach sechs Jahren 3,50 Mark beträgt. Auch über die Vertrauensärzte haben die Postämter zu klagen. In einem Falle ist durch die Gewissenlosigkeit eines Arztes ein Postillon an schwerer Blinddarmentzündung gestorben. Hier ist Remedur dringend nötig. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ernst (Freis. Sp.):

fragt an, ob sich die Gehaltserhöhung, die Graf Willow zur Bekämpfung der polnischen Agitation in Aussicht stellte, auch auf die Postbeamten beziehe. Eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten bezüglich des Minimalgehaltes von 900 auf 1200 Mark und bezüglich des Maximalgehaltes von 1500 auf 1800 Mark ist unbedingt erforderlich.

Staatssekretär Krawitz:

Wir haben die gehobenen Stellen nur eingeführt, um keine neue Beamtencategorie bilden zu müssen. Wir dürfen hier nicht nach dem Dienstalter gehen, sondern müssen vor allem Umsicht und Fähigkeit berücksichtigen. Eine Nebenbeschäftigung der Postunterbeamten halte ich für ganz unangemessen und werde über diesen Punkt Nachforschungen anstellen lassen. Freien Sonntag haben die Postbeamten alle drei Wochen. Sollten sich da Katastrophen herausgestellt haben, so wird für Abhilfe gesorgt werden. — Die Gummimäntel haben sich für Postämter nicht bewährt, am besten scheint es, im Wege der Impregnierung Mäntel zu schaffen. Den Fall bezüglich des Vertrauensarztes werde ich prüfen lassen. — Darin, daß mehrere Kantinen in einer Hand vereinigt werden, liegt doch der Vorteil, daß der Wirt besser und billiger liefern kann.

Abg. Ernst (Freis. Sp.):

hofft, daß sich noch ein Modus finden lassen wird, um die Unterbeamten bei den gehobenen Stellen gleichmäßiger zu berücksichtigen als bisher.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Ebenso eine Reihe weiterer Titel. Es folgt Titel 29 (Stellenzulage für Beamte und Unterbeamte).

Abg. Eichhoff (Freis. Sp.):

Im Prinzip halte ich das System der Stellenzulagen für verfehlt. Ich wünsche, daß eine größere Zahl von Stellenzulagen in den nächsten Etat eingestellt wird.

Staatssekretär Krawitz:

In meiner persönlichen Ansicht über die Stellenzulagen stehe ich vielleicht dem Herrn Vorredner nicht sehr entfernt. (Hört, hört! links.) Soweit nötig, sollen die Stellenzulagen vermehrt werden. Der Titel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel. Beim Titel Postagenten wünscht

Abg. Mehl (Freis. Sp.):

eine bessere Besoldung der Postagenten und die Gründung einer Pensionskasse für dieselben.

Abg. Graf Oriola (natl.):

schließt sich dem an.

Staatssekretär Krawitz:

Agenten, die im Alter die Agentur aufgeben müssen, erhalten eine jährliche Unterstützung. Wird eine Agentur in ein Postamt verwandelt, so wird den Agenten nach Möglichkeit eine andere Stelle verschafft. Der Titel wird bewilligt. Es folgt der Titel Posthilfsstellen.

Abg. Singer (Soz.):

bejährt sich darüber, daß bei den ohnedies hohen Zulagen für die im Postdienst beschäftigten Personen noch das Militärdienstjahr und Probejahr nicht berücksichtigt werden. In einzelnen Fällen ist auch die Auszahlung der Zulage statt ab 1. April erst ab 1. Oktober erfolgt.

Direktor im Reichspostamt Wittke:

Wenn die Auszahlung der Zulage erst im Oktober erfolgt ist, so lag das daran, daß wir uns mit den vorhandenen Mitteln einrichten mußten.

Der Titel wird bewilligt. Damit ist das Ordinariat erledigt. Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Der Titel „Errichtung einer Telegraphenlinie von Wapua nach Labora“ wird auf Antrag Schmidt-Eiberfeld (Freis. Sp.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt, ebenso die Einnahmen. Damit ist der Postetat erledigt.

Debatteles angenommen wird hierauf der Etat der Reichsdruckerei; des Allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsmilitärgerichts.

Es liegt nun ein Antrag Bebel-Schrader auf Vertagung vor. Derselbe wird, trotzdem nur die Linke für ihn stimmt, infolge der guten Befehle derselben angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Militär-Etat.)

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Steinarbeiter. In Schwarzenbach a. S. haben bei der Firma Schedler u. Co. 172 Mann wegen zu Unrecht vorgenommener Kündigung die Arbeit niedergelegt. Alle Arbeiter sind organisiert. Streikbrecher büßten sich schwerlich. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. Februar 1902.

— Herr Stadtv. Janicke ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung:

„In der gestrigen Ausgabe Ihrer Zeitung bringen Sie einen Bericht über die am 14. d. Ms. abgehaltene Versammlung des Städtischen Bezirksvereins Budau, worin sich folgender auf mein Referat bezüglicher Satz befindet:

„Oberbürgermeister Schneider habe ihm mitgeteilt, daß die politische Partei (gemeint sind die Sozialdemokraten. D. R.) nur rund 200 000 Mark an Steuern aufbringe. Die Volksschule koste der Stadt allein 1 600 000 Mark.“

Diese mir zugeschriebenen Worte habe ich nicht gesprochen. Ich sagte vielmehr, daß in einer während der letzten Jahre stattgefundenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gelegentlich der Beratung des Schuletats Herr Oberbürgermeister Schneider bemerkt habe, daß die in Frage kommenden Kreise der städtischen Bevölkerung im ganzen nur etwa 160 000 Mark an Steuern aufbringen, daß ich aber diesen Betrag mit rund 200 000 Mark annehmen wolle. Außerdem habe ich die Höhe des Zuschusses der Stadt zu den Kosten der Volksschule für das Etatsjahr 1902 nicht mit 1 600 000 Mark, sondern mit 1 006 600 Mark angegeben.“

(Unser Berichterstatter hält demgegenüber seine Angaben aufrecht, giebt aber zu, daß die Ausführungen des Herrn Janicke durch seine Bemerkungen über die „politische Partei, welche Steuern zahlt“, so unklar geworden waren, daß es schwer war, das auf Papier zu bringen, was Herr Janicke sagte und noch schwerer, das was er meinte. Red. d. B.) —

— Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag, den 20. Februar, um 4 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Weiterverpackung des Rathauskellers, die Regulierung der Rinne zwischen Schönebecker und Bledenburgstraße, die Herstellung von Glaswänden im Pavillon II der Krankenanstalt Sudenburg, der Etat des Stadttheaters und vor allem der Wahlrechtverschlechterungsplan des Magistrats. —

— Ein Zimmerbrand. Am Sonntag mittag kurz vor 12 Uhr veranlaßte eine Feuermeldung das Ausrücken der Feuerwehr nach Lübeckerstraße 19. In einer Sattlerwerkstatt stand vor dem Ofen ein Kohlenkasten aus Holz, welcher durch aus dem Ofen gefallene Glut in Brand geraten war. Das Feuer hatte sich schon den Tapeten und einem in der Nähe stehenden Schrank mitgeteilt, wurde aber noch rechtzeitig entdeckt und konnte durch Ausgießen mit einem Eimer Wasser gelöscht werden. —

— Kleinfener. Am Montag vormittag um 11 Uhr brannte im Hause Halberstädterstraße 52a die Bekleidung einer Wasserleitung. Die Feuerwache Sudenburg löschte den Brand mit einigen Eimern Wasser. —

— Unfall. Am Montag vormittag war der Arbeiter Carl Stadtmeister aus Groß-Ottersleben in der Maschinenfabrik Budau (Alte Bude) damit beschäftigt, ein Werkstück mittels eines Kraines hochzuziehen. Plötzlich riß die Kette, wobei St. durch ein Eisenstück derartig an den linken Fuß getroffen wurde, daß ein Knochenbruch die Folge davon war. Von der Sanitätswache Budau wurde St. nach dem Sudenburger Krankenhaus gebracht. —

Kleine Chronik.

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn in Berlin,

die am nächsten Dienstag den allgemeinen Betrieb auf der Strecke vom Potsdamer Platz bis zum Stralauer Thor beginnt, ist am Sonnabend Vormittag feierlich eröffnet worden.

Die Versammlung der Geprüften.

In der heutigen Versammlung der Gläubiger der Treber-trocknungs-Gesellschaft am Sonnabend wurden weitere angemeldete Forderungen des Konkursverwalters Frieß geprüft und teilweise anerkannt. Die Gesamtsumme der Forderungen beträgt 168 Millionen Mark. —

Kleine Tageschronik. Auf dem Bahnhof zu Cannstatt ist ein zur Verladung bestimmter Handkoffer mit Goldsachen im Werte von 3000 Mark verschwinden. — In Schenacha dauerten am Freitag die Bahnschwankungen fort. Zwölf Personen wurden lebend ausgegraben. Die benachbarten Dörfer in einem Umkreise von 20 Werst haben stark gelitten. — Zwischen Modale und Paris ist aus einem Eisenbahnwagen ein Koffer mit 350 000 Frank in Wertpapieren gestohlen worden. Von dem Verbleib des Koffers fehlt jede Spur. — In Lille wurde gestern früh ein 66-jähriges allein stehendes Mädchen erdrosselt in ihrer Wohnung aufgefunden. Der Hals war mit einem Taschentuche zusammengeschürzt. Sämtliche Wertgegenstände waren aus der Wohnung verschwunden. — Die Stadt Batu ist durch ein Erdbeben fast vollständig zerstört. Zahlreiche Menschen wurden getötet. —

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 15. Februar 1902.

Die Arbeiter Richard Friedrich, Wilh. Schilling, Rudolf Gille, der Formerlehrling Alfred Wölfer und der fünfzehnjährige Arbeitsbursche Kasimir Hydewich aus Neustadt sollen am 24. November 1901 gemeinschaftlich einen Teil der den Fabrikant Schmidt'schen Park einschließenden Mauer vorzüglich durch Steinwürfe zerstört haben. Der Gerichtshof verurteilt Friedrich und Schilling zu je 2 Wochen, die übrigen Angeklagten zu je 5 Tagen Gefängnis. —

Herzliebchen, was willst Du noch mehr? Der 54 Jahre alte Invalide Christian Lange aus Klein-

Wanleben lebte mit der unberechenbaren 15 Jahre alten Marie Herzlieb seit dem Jahre 1888 in wilder Ehe. Trotzdem gab Lange die Herzlieb zu Remter'sleben seit 1895 in den Hauslisten zur Einkommensteuer-Veranlagung als seine Ehefrau aus. Die Herzlieb ließ sich, als sie sich im Juni 1901 von Lange trennte, von dem Gemeindevorsteher zu Remter'sleben eine Quittungskarte als Frau Lange ausstellen. Nach den Angaben des Lange reiste er mit der Herzlieb heimlich nach England, weil ihre Mutter gegen die Verheiratung war, um sich dort trauen zu lassen. Sie suchten Anschluss bei der Heilarmee und vollzogen in einem Schulhause die Ehe, wobei ein Cousin den Dolmetscher spielte. Die Bescheinigung über die Eheschließung ist dem Lange angeblich einige Zeit später im Krankenhaus abhanden gekommen. Die Herzlieb lächelt darüber nach dem Zuhörerraum hin, weshalb sie vom Vorsitzenden ernstlich zurechtgewiesen wird. Nach ihrer Behauptung hat sie nie mit Lange eine Ehe geschlossen, sich aber den Namen als Frau zugelegt, weil Lange das so haben wollte. Sie hat ihn wegen schlechter Behandlung verlassen, wogegen er behauptet, sie habe ihn verlassen, weil sie einen jungen Mann haben wolle; er glaube, sie habe ihn vergiften wollen. Das von der Herzlieb 1890 geborene Kind ist ebenfalls beim Standesamte als ehelich erzeugt eingetragen, der Fall aber verfährt. Am 30. Dezember 1892 hat die Herzlieb vor dem Gerichte in Altona in einer Strafsache den Zeugniseid geleistet und sich dabei als Frau Lange ausgegeben. Deswegen schwebt gegen sie ein Verfahren wegen Meineids. Zur Sprache kommt, daß die Angeklagten am 4. Oktober 1897 auch ein wechselseitiges Testament errichtet und beim Gerichte deponiert haben. Der Gerichtshof erachtete die Angaben des Lange nicht für unglaubhaft und erkennt daher auf Freisprechung. —

Falscher Name. Der Schuhmacherselle Hermann Fischer aus Burg legte sich bei seiner Festnahme am 5. November 1901 einen falschen Namen bei und veranlaßte unrichtige Eintragungen in die Register. Ihn treffen deswegen 3 Wochen Gefängnis. —

Rechte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Berlin, 17. Februar. Aus Jena wird der „Welt am Montag“ depechiert: In Blankenhain (Thüringen) erklärte sich der nationalliberale Abgeordnete Wasser mann in einer starbefeuchteten Versammlung, die ohne Nebefreihaltung stattfand, sehr scharf gegen einen Zoll von 7.50 Mark und wünschte ein Zusammengehen der Mehrheitsparteien auf Grund der Regierungsvorlage. —

London, 17. Februar. Der Verlust 2 zweier Kriegsschiffe sowie eines Truppen-Transportschiffes, nach Kapstadt bestimmt, werden in hiesigen militärischen und Regierungskreisen dem irländischen Komitee zugeschrieben. —

Der Triester Ausstand beendet?

Triest, 17. Februar. Der Streik ist beendet, noch heute wird die Arbeit von allen Arbeitern wieder aufgenommen. Das Leichenbegängnis der Erschlagenen hat gestern unter massenhafter Beteiligung des Publikums stattgefunden. Es kamen keinerlei Zwischenfälle vor. —

Barcelona, 17. Februar. Don Jaime hat den Karlistensführern den Befehl erteilt, alle Vorbereitungen zu treffen, um einen Aufstand in den nächsten Monaten ins Werk zu setzen. In Saragossa wurde ein Waffendepot von 5000 Gewehren entdeckt. —

Frankfurt a. M., 17. Februar. Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Madrid fand dort gestern ein großes Arbeitermeeting statt, das durch eine Kommission der Barcelonaeer Streikenden veranstaltet worden war. In Barcelona beträgt die Zahl der Streikenden ungefähr 10 000. —

Berlin, 17. Februar. Am Sonnabend wurden vom Militärgericht der ersten Garde-Infanterie-Division die Gefreiten Formmann und Biegel von der 10. Kompanie des 2. Garde-Regiments zu Fuß wegen Mißhandlung Untergebener bestraft. Beide hatten bei der Ausbildung von Rekruten ihre Befugnisse überschritten. Formmann erhielt eine Woche strengen Arrest, Biegel 10 Tage Mittelarrest. —

Turin, 17. Februar. Im Justizpalaste explodierte eine Bombe, ohne Personen zu verletzen, da die Wandgänge leer waren. —

Arbeitertrug.

Chemnitz, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Allg. Ztg.“ meldet hat der Fabrikantenverein in Eifertberg i. Voigtl. beschlossen, die Betriebe zu schließen und alle Arbeiter auszuschießen, sofern auch nur ein Teil der Arbeiter in den Ausstand tritt oder erklärt, die Lohnsätze nicht anerkennen zu wollen. —

Das Ende der Treber-trocknung.

Kassel, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Konkursverwaltung der Treber-trocknungs-gesellschaft giebt bekannt, daß im August eine Abschlagssumme von 1/2 Prozent an die Gläubiger verteilt werden wird. —

Charleroi, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern demonstrierten mehrere tausend Personen in sozialistischen Versammlungen für das gleiche Wahlrecht. Sozialistische Abgeordnete hielten revolutionäre Reden, die von der Menge mit Rufen der Zustimmung begleitet wurden. —

Aus dem Haag, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Burendelegation ist aus Scheveningen plötzlich spurlos verschwunden. Man nimmt an, daß sie nach Amerika „ausgewandert“ ist. —

Aeusserst günstiges Angebot.

Die so beliebte rosa gebundene Strumpfwolle, das halbe Pfund zu 68 Pf., in schwarz, grau, braun.
Starke Kalmundunterbröcke für den billigen Preis von 75 Pf. per Stück.
Selle, vollkommen große Darchent-Herrenhemden Stück 85 Pf., gut mit Kappnähten genäht.
Selle, vollkommen große Damen-Darchenthemden Stück 70 Pf., nicht gepart im Stoff und am Nähen.
Sellgestreiften Darchent zu Hemden, Unterlagen usw., Meter nur 20 Pf.

Weisse Konfirmandenhemden, mit Spitzen besetzt, Stück 55, 75, 100 Pf.
Blaue Hauschürzen für Frauen, Stück 38, 42 Pf.
Damen-Nachtsachen, blau und rot gemustert, Stück 68 Pf.
Schwarze Konfirmandenkleider, 5/8 Meter für 5.25 Mk.
Farbige Konfirmandenkleider, 6 Meter für 3.00 Mk.
14 Ellen Bettbezugzeug, blumengemustert 2.10 Mk., in kariert 2.25 Mk.
Weisses Handtuchzeug mit roter Kante, 50 cm breit, per Meter 20 Pf.
Ein Posten Unterbröcke aus prima Belour, früher 2.65 Mk., jetzt 1.75 Mk.

Ausnahme-Preis!

Schwarze und weisse 2 Knopf Mädchen-Konfirmanden-Glaceehandschuhe, Paar 88 Pf.

Schwarze Knaben-Glacees, Paar 88 Pf.

Zu beachten: Ich verkaufe nicht nur eine Nummer oder schwarz gefärbte Glaceehandschuhe zu einem billigen Preise, sondern reelle, gute Handschuhe kosten alle Nummern nur 88 Pf. per Paar bei

Richard Neumann, Buckau.

Böhmische Braunkohle

von unserem Winterlager bei Louis Drosz, Rogäckerstr. 22, liefern wir zu folgenden Preisen:

ab Lager 60 Pf.
 frei Haus 65 „ p. Ctr.
 frei Keller 70 „

Kleine Posten unter 20 Centnern werden nur Montags und Donnerstags frei Haus und frei Keller abgeliefert.

Annahmestellen für Bestellungen und Zahlungen haben folgende Herren: Egl. Bahmstr. a. D. W. Leue, Agnetenstr. 20, Louis Drosz, Rogäckerstr. 22, Scholze, Schönebiederstr. 98; die Cigarrenhändler: Mahno, Breitenweg 160/162, Brandt, Breitenweg 246, Haffelbachpl., Schrader, Dibenstedterstr. 43, Wulsch, Halberstädterstr. 39; die Gastwirte: Würdig, Weinberg 36, Buchlow, Katharinenstraße 5, Brückner, Gr.-Diersleben, Hildebrandt, Diesdorf.

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Saral-Wische

gibt unvergleichlich schönen Glanz.

Holzmakers Parquetbohne

1824 Fabrikanten
Holzmaker & Patti
 Magdeburg.
 Preisgekröntes Fabrikat zum Bohren von Parquetböden, gestrichenen Fußböden und Linoleum sowie zum Aufpolieren von Möbeln usw.
 Allseitig anerkannte Vorzüge:
 Desinfizierende Wirkung, milder Geruch, sparsamer Verbrauch.
 Zu haben in Büchsen à 50 Pfg. und 1 Mk. in den meisten besseren Kolonialwaren-Handlungen u. Bei Nachahmungen wird gewarnt! Man achte auf die Schutzmarke!

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Nutzenbringendes Ankaufsbüreau
 Al. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts. Fernsprech-Anschluss 1409.
 Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9-1 Uhr, nachm. 3 1/2-7 1/2 Uhr.
 Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmende und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Ankauf in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatversicherungen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Diebstehlen, Schenkungs- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Mischerleben

Central-Halle
 Hinter dem Thurm 12.
 Der geschätzte Arbeiter-Verein von Mischerleben und Umgegend habe ich hierdurch mit, daß ich das Restaurant an Central-Halle übernommen habe. Jedem ich mit der Bitte erlaube, mein Unternehmen durch regen Zuspruch unterstützen zu wollen, gebe ich die Versicherung, daß ich bemüht sein werde, den mich Besuchenden mit fr. Speisen und vorzüglichen Getränken anzuerkennen.
 Mischerleben, den 15. Februar 1902.
 Hochachtungsvoll
Otto Becker.

Eine fast neue Waschkommode mit Stein-Service, sowie einige Cir-Futter- u. Eftartoffeln zu verkaufen bei Otto S. a. v. S. Welterhüsen, Kirchhofstr. 5.
Schuhwaren!
 Billig! Billig!
 Herren- u. Damenstiefel, Stiefel-letten, Turn-, Straub- u. Kinderschuh, Pantoffeln, auch aus Konturmassen stamm. Waren
Nur Neustadt, Schmidt- str. 44.

Sie erhalten
Kleiderchränke
 einzeln mit
5 Mark Anzahlung
 und wöchentlich
1 Mark Abzahlung.
Hermann Liebau
 Breitenweg 127 F119
 Ecke Schrodorferstr., gegenüber der Katharinenkirche.

Kaufe 2137
Kanarienhähne u. Weibchen
 gewöhnliche und gute Sängler, bezahlte höchsten Preis.
J. Tischler, Annastr. 25.

August Schumm
 Endenburg F119
 Braunschweigerstr. 19

Neuer Volterabend-Dichter
 Original-Gebichte von E. Kallmann
 1. —
 Zu haben in der
Buchhandl. Volksstimme
 Rindfleisch, Hammel, Katzl. 60 Pf.
 Schweinefleisch und Blumen 70 Pf.
 bei Brüggemann, Fürstenstr. 18.

Küchenzettel des
Sehrrerinnen- und Damenheims
 Renneweg 1/2.
 Dienstag: Brühjuppe mit Rindfleisch, Kartoffelkloße und Badobst, oder Prinzjuppe, Hammelbraten, grüne Bohnen und Salzkartoffeln.

Küchenzettel
 der Magdeburger Volksküche
 Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.
 Dienstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.
 Mittwoch: Weißkohl mit Hammelfleisch.
 Donnerstag: Sinsen mit Rindfleisch
 Freitag: Braunkohl mit Salzkartoffeln und Schweinebraten.

Zu suche zum Montag, den 24. 1. tücht. Durchnäher u. Nageler.
A. Rosenburg.
 J. Rüdch. Frau d. ff. Damenschneid. erlern. Fr. Paedels, Bud. Neuest. 1a, 3.

Walhalla.
Riesen-Erfolg
 des
phänomenalen
Febr.-Programms
 Jede Nummer eine Attraction.
 Gastspiel
Traudehen
Hundgeburth
 die rhein. Dorf-Heute.

Stadt-Theater.
 Dienstag, den 18. Februar 1902.
Carmen.
 Oper in 4 Aufzügen von Georges Bizet.

Prächtige Einbanddecken
 zu
Selden der Menschheit
 in hellblau Velour
 à 1 Mk.
 sind eingetroffen und durch jeden Kolporteur zu beziehen.
Buchhandlung Volksstimme.

Verein der Gast- und Schankwirte
 von Magdeburg und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
 Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr
 beim Kollegen S. Hildebrandt, Diesdorf.
 Da zum § 1 Abs. c des Statuts Stellung genommen wird, ist es Pflicht, daß jeder erscheint.
Der Vorstand.

General-Versammlung.
 Die Kohlen-Einkaufs-Vereinigung hält am 18. Februar im Richardtschen gr. Saal, Kagen- sprung, ihre Generalversammlung ab, in der besonders der Geschäftsbericht des verfloffenen Jahres von großem Interesse sein wird.
 2144
Kohlen-Einkaufs-Vereinigung

Neue Neustädter
Arbeiter-Gesangverein.
 Die Übungsstunde findet nicht am Donnerstag, sondern heute Dienstag statt.
Der Vorstand.

Stadtsamt.
 Magdeburg, 15. Februar.
 Aufgebote: Architekt Rudolf Rogalski mit Anna Ostermann hier. Ingenieur Benjamin Bachhauer in Kiel mit Martha Hübner hier. Kutscher August Denkhardt mit Wilhelms hier. Fleischermeister Wilhelm Schlichter mit Friederike Heine hier.
 Geburten: Margarete, F. des Tischlermeisters Max Lutter, Franz, S. des Verfish-Beamten Joh. Heindorn, Charlotte, F. des Formers Karl Ostermann, Walter, S. des Schuhmanns Karl Lutter, Erna, F. des Arb. Karl Haffke, Erna, F. des Arb. Heinrich Wolgast, Walh. F. des Bierhändlers Hermann Feinze, Sildegard, F. des Tromp. u. Serg. Friedrich Brandt.
 Todesfälle: Margarete geb. Höding, Ehefrau des Juralisten August Petram, 63 J. 4 M. 25 T. Ette, unehelich, 6 M. 13 T. Ernst, unehelich, 2 M. 4 T. Anna geb. Röhl, Ww. des Kaufmanns August Dehne, 49 J. 4 M. 6 T. Karl Felgenträger, Eisenbrecher, 54 J. 6 T. August Schönfeldt, ehem. Schuhmachernstr., 76 J. 1 M. 19 T. Wilhelm, S. des Arb. Rob. Kniep, 1 M. 27 T. Nikolaus Heiliger, S. 11 T. Erna, F. des Postra, Musiker, 22 J. 6 M. 29 T.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die Trauer-Nachricht, daß Sonntag, den 16. Febr., nachm. 6 Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Minna verw. Nadle nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
 Um stille Beileid bitten
Hermann Treffahn
 nebst Kindern.
 Schönebeck, 16. Februar.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schönebecker Friedhofs aus statt.

Nachruf.
 Am 13. d. Mts. starb der Schuhmacher
Wilhelm Engelhardt.
 Wir betrauern in demselben einen aufrichtigen Freund und Kollegen und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
 Seine Freunde und Kollegen
 668 Magd.-Neustadt.

Endenburg, 15. Februar.
 Eheschließung: Handelsmann Otto Alpert mit Karoline Mische. Todesfälle: Martha, F. des Eisenb.-Hilfsbrem. Otto Lefering, 5 M. 23 T. Wilhelm, S. des Arb. Heinrich Kelsch, 3 M. Ww. Sturm, Luise geb. Frischke, 24 J. 2 M. 29 T.

Buckau, 15. Februar.
 Aufgebote: Klempner Gottfr. Franz Hermann Köpke mit Minna Marie Buchmann hier. Former Herrm. Karl Zahn mit Helene Blümenner hier.
 Geburten: Anna, F. des Schloss. Ernst Volkart.
 Todesfälle: Marie geborne geb. Lange, Ehefrau des Bäckermeisters August Ebering, 41 J. 2 M. 7 T. Kurt, S. des Kutschers Karl Wöhsmann, 8 M. 15 T. Ernst, S. des Arb. Herrn. Donath, 13 T.

Neustadt, 15. Februar.
 Aufgebote: Kaufm. Friedrich Wilhelm Otto Kämpf in Blöth m. Luise Anna Schulze hier. Brauerarbeiter Friedrich Wilhelm Schulz mit Amalie Auguste Marie Blüch. Eheschließungen: Stanger Max Erlede mit Antonie Schrader. Kaufm. Hans Engelle mit Katharina Wulfsche.
 Geburten: Hans Heinrich, unehelich, Mag. S. des Fabrikarb. Hermann Schweig. Werner, S. des Tischlers Gustav Weinede. Elisabeth, F. des Böttchers Friedr. Waldmann. Gustav, S. des Fabrikarbeiters Gustav Engel. Alfred, S. des Fabrikarb. Otto Wieprecht.
 Todesfälle: Ww. Wolff, Emilie geb. Hoofe, 78 J. 4 M. 22 T.

Cracau.
 Geburten: Arthur Friedrich August, S. des Maschinenbauers Friedr. Wihl. Hesse. Heinrich, S. des Arb. Heint. Karl Wührte.
 Todesfälle: Fleischermstr. Christ. Rosenbergs, 60 J. 11 T. Arbeiter Johann Gottlieb Lepz zu Bechau, 83 J. 10 T. Hermann Kurt Ebener, 2 M. 9 T. Marie Sophie Dorothee Büchemann zu Bechau, 65 J. 7 M. Erich Schmidt, 9 J. 7 M. 14 T. Wilhelm Paul Schmidt, 6 J. 8 M. 1 T.

Westerhüsen.
 Aufgebote: Arb. Friz Heinrich Wilhelm Bothe in Fernersleben mit Bertha Anna Schottke von hier.
 Geburten: Anna Emma, F. des Arbeiters Paul Henke. Luise Anna, F. des Arbeiters Wilhelm Franke. Karl Paul, S. des Drehers Theodor Wiemann. Alma Johanne Selma, F. des Schlossers Wilhelm Seeje.
 Todesfälle: Karl Georg, S. des Bahnarbeiters Karl Müller, 18 T. Otto, S. des Arb. August Rehfeldt, 4 M. 20 T.

Mischerleben, 15. Februar.
 Eheschließung: Arbeit. Otto Hedenberg mit Ida Schmolow.
 Geburten: S. des Arbeiters Gustav Stade. S. des Zimmerm. August Rothmann. F. des Arbeiters Wilhelm Herrmann.
Schönebeck.
 Aufgebote: Eisenb.-Stationsgehilfe Otto Kade hier mit Bertha Reinhold in Magdeburg-Neustadt. Rodellischer Friedrich Welscher in Salbte mit Anna Grimm hier.
 Eheschließung: Brennereibesitzer Max Schneeweiß in Nordhausen mit Johanna Stein hier.
 Geburten: Gustav, S. des Arb. Otto Kranemann. Liddy, F. des Vogelhähners Paul Ebdner in Groß-Salze. Elisabeth, unehelich in Frohfe. Else, unehelich in Frohfe. Alma, F. des Köpfers Friedrich Ernst in Gr.-Salze. Anna, F. des Arbeiters Gottlieb Schmöhl in Groß-Salze. Frieda, F. des Arb. Carl Wagner.
 Todesfälle: Armenhausin- fass Andreas Bartels, 78 J. 8 M. 8 T. Marie, F. des Arb. Wilhelm Ladebeck, 1 M. 1 T. Hermann, un- ehelich, S. 11 T. Erna, F. des Bahnarbeiters August Schudoy, 1 M.